

RWTH Aachen
Institut für Politische Wissenschaft

Seminar „Technische und ökonomische Strategien zur Überwindung der künftigen globalen Herausforderungen“

Modul 11 – Individuum und Gesellschaft

Dr. Raphaela Kell

Wintersemester 2018/19

„Kriterienkatalog zum Deutschen Nachhaltigkeitspreis für Städte und Gemeinden“

Eine Sammlung aller zwischen 2012 und 2019 benannten Kriterien und Begründungen für die Vergabe des Deutschen Nachhaltigkeitspreises an deutsche Kommunen.

Vorgelegt als Hausarbeit.

Verfasser: Stefan Mingers
Studiengang: Gesellschaftswissenschaften, B.A.
Matrikelnummer: 368612
E-Mail: stefan.mingers@rwth-aachen.de

Abgabedatum: 14.01.2019

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
2. Über diesen Katalog	4
2.1. Aufbau dieses Kataloges	4
2.2. Hindernisse bei der Erstellung dieses Kataloges und deren Bedeutung	6
3. Kriterienkatalog des Deutschen Nachhaltigkeitspreises für Städte und Gemeinden ...	8
3.1. Bisher nominierte Kommunen	8
3.2. Kleinstädte und Gemeinden	9
3.3. Städte mittlerer Größe	20
3.4. Großstädte	31
4. Fazit und Schlussbemerkungen	42
Literaturverzeichnis	43

1. Einleitung

Jährlich werden innovative Strategien und Lösungsansätze zur Bewältigung absehbarer Herausforderungen der Zukunft mit dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis prämiert. Auch in diesem Jahr erhalten wieder sowohl Akteure, Projekte und Partnerschaften aus unterschiedlichen Bereichen, als auch Städte und Gemeinden die Auszeichnung. Seit 2008 wird diese von der Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis e.V. in Kooperation mit der Bundesregierung sowie weiteren Partnern¹ vergeben. 2012 erfolgte erstmals die Vergabe an deutsche Kommunen. Anspruch des Preises ist es, zielorientierte Aktivitäten zur Bewältigung und Gestaltung eines nachhaltigen Transformationsprozesses zu bestärken. Die medienwirksame Preisverleihung soll die „Grundsätze eines nachhaltigen Handelns auch in der öffentlichen Wahrnehmung stärker verankern.“ (Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis e. V.: 2018E) Hochkarätige Schirmdamen und -herren aus der deutschen Politik² garantieren diese Medienwirksamkeit und machen die Verleihung zu einem Event mit einer prominenten Gästeliste. Ergänzt wird diese durch internationale Berühmtheiten³. Zusätzlich sorgen der moderne Veranstaltungsschaarakter und zahlreiche Gäste für einen öffentlichkeitswirksamen Rahmen.

Angesichts dieser Inszenierung stellt sich fast zwangsläufig die Frage nach der Relation zwischen Inhalt und Rahmen der Veranstaltung. Welche Nachhaltigkeitsmaßnahmen werden mit solchem Aufwand in die Öffentlichkeit getragen? Gerade mit Hinblick auf den fortschreitenden Klimawandel und die damit einhergehenden Phänomene wie Massenmigration oder Extremwetterlagen erscheint es aus politikwissenschaftlicher Sicht interessant, welche Lösungen deutsche Kommunen für kommende Herausforderungen bieten können, bzw. welche Strategien und Maßnahmen durch die staatlich unterstützte Stiftung als vorbildlich und nachahmenswert ausgezeichnet werden. Wo liegen kommunalpolitische Handlungspotentiale?

Antworten auf diese Frage liefert die Website des Deutschen Nachhaltigkeitspreises. Dort sind die Nachhaltigkeitsleistungen der nominierten Kommunen in verschiedenen Unterwebseiten aufgelistet. Diese Arbeit verfolgt das Ziel, die dort genannten Kriterien und Begründungen für die Nominierung und somit die ausgezeichneten nachhaltigen Maßnahmen, Projekte, Ziele und Strategien in Form eines Kataloges kurz und übersichtlich zu bündeln. So sollen sie für weitere Forschungsarbeiten, aber auch für interessierte Kommunen einfacher zugänglich gemacht werden. Nicht zuletzt soll diese Arbeit der Vorbildfunktion des Preises Rechenschaft tragen, indem sie als eine Art „Ideenpool für Nachhaltigkeitsstrategien“ fungiert.

Zur Erstellung dieses Kataloges müssen zunächst einige Rahmenbedingungen aufgestellt werden, welche in einem ersten Kapitel aus dem Wettbewerbsformat abgeleitet und zu einem Gesamtkonzept verknüpft werden. Nachdem in einem zweiten Teil durch die Benennung einiger Hindernisse bei der Erstellung dieses Kataloges die Grenzen eben dieses aufgezeigt werden, folgt im nächsten Kapitel der Hauptteil dieser Arbeit: der Katalog mit den gesammelten Kriterien und Begründungen zur Nominierung der Kommunen für den Deutschen Nachhaltigkeitspreis. Im dritten und letzten Teil wird ein Fazit gezogen.

¹ Eine detaillierte Auflistung aller Partner findet sich auf der Homepage des Preises unter der Rubrik „Partner“: <https://www.nachhaltigkeitspreis.de/partner/>

² Die Schirmdamen und -herren des Preises: sind zu finden unter: <https://www.nachhaltigkeitspreis.de/ueber-uns/>

³ Eine beispielhafte Gästeliste des Preises findet sich unter: <https://www.nachhaltigkeitspreis.de/preisverleihung/>

2. Über diesen Katalog

Wie angedeutet gilt es, in diesem Kapitel einen Rahmen für diese Arbeit zu entwerfen. Hierzu sollen zunächst aus der Betrachtung des Wettbewerbsformats sowie des Bewerbungsverfahrens Rückschlüsse für den Aufbau dieses Kataloges gezogen werden, um anschließend den Aufbau zu skizzieren. Abgeschlossen wird dieses Kapitel durch den Verweis auf einige Schwierigkeiten bei der Erstellung dieser Sammlung, um anzudeuten, was sie leisten kann und was nicht.

2.1. Aufbau dieses Kataloges

Alle in dieser Arbeit verwendeten Informationen werden aus zwei zentralen Quellen entnommen: der Website des Deutschen Nachhaltigkeitspreises⁴ und der Website des Deutschen Städte- und Gemeindebundes⁵ (DStGB).

Der Deutsche Nachhaltigkeitspreis für Städte und Gemeinden wird in drei Kategorien verliehen: „Kleinstädte und Gemeinden“, „Städte mittlerer Größe“ und „Großstädte“ (Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis 2018D). Bewerben können sich für die jeweiligen Preise Kommunen aus dem gesamten Bundesgebiet. Aus einer Reihe von Bewerbern werden drei final Nominierte gefiltert, aus denen eine Expertenjury einen Sieger kürt. Für jede Top 3 nominierte Stadt wird ein Text mit einer Jurybegründung verfasst, der alle nachhaltigen Leistungen enthält, welche die Jury überzeugen konnten (vgl. ebd.). Diese Texte werden auf den jeweiligen Unterwebsites des Preises publiziert und dienen dieser Arbeit als Grundlage. Im Sinne einer umfassenden Sammlung berücksichtigt dieser Katalog nicht nur die Texte der Sieger, sondern die aller Top 3 Nominierten. Gestützt wird diese Herangehensweise durch den Eindruck, dass die Ernennung eines Siegers eher nebensächlich ist und allen Top 3 nominierten Städten eine große Bühne geboten werden soll. Diese Ansicht bestärkt das vergleichsweise geringe Preisgeld in Höhe von 30.000,00€, das die Sieger für sich verbuchen können (vgl. ebd.). Zusätzlich zu den Nachhaltigkeitsleistungen der einzelnen Nominierten werden auch die Namen der Städte und die Anzahl ihrer Nominierungen erfasst. Dies soll der besseren Nachvollziehbarkeit dienen und als Basis für weiterführende Forschungen fungieren.

In den Jahren 2012 und 2017 gibt es laut Website des Preises zwei Unregelmäßigkeiten, welche ebenfalls Berücksichtigung in dieser Arbeit finden. Für das Jahr 2012 werden auf der Seite für die Kategorien „Kleinstädte und Gemeinden“ und „Städte mittlerer Größe“ jeweils vier statt drei Nominierte gelistet, von denen je einer als Sieger und drei als Top 3 gekennzeichnet sind (vgl. ebd.). Diese zwei zusätzlich gelisteten Kommunen werden ebenfalls in den Katalog aufgenommen. Zum Zeitpunkt dieser Arbeit (Stand 11.01.2018) konnte auf der Website für das Jahr 2017 nicht auf die einzelnen Nominierten zugegriffen werden und somit keine Begründungen eingesehen werden. Des Weiteren waren die Städte nicht in Kategorien eingeteilt, bzw. nicht als Sieger und Top 3 gelistet (vgl. ebd.). Diese Städte werden daher nur für die Anzahl der Nominierungen berücksichtigt.

Als Grundgerüst orientiert sich der Katalog an den eingangs erwähnten Wettbewerbskategorien für Städte und Gemeinden („Kleinstädte und Gemeinden“, „Städte mittlerer Größe“ und

⁴ Die angegebene Seite ist zu finden unter: <https://www.nachhaltigkeitspreis.de/>

⁵ Die angegebene Seite ist zu finden unter: <https://www.dstgb.de/dstgb/Homepage/>

„Großstädte“). Innerhalb dieser versucht er die aus den Begründungstexten extrahierten Vergabekriterien in die inhaltlichen Kategorien zurück zu sortieren, welche bei der Bewerbung durch die Kommunen und der Bewertung durch die Jury verwendet werden. Diese sind auf der Website des DStGB zu finden und lauten wie folgt: „Governance & Verwaltung; Klima & Ressourcen; Mobilität & Infrastruktur; Wirtschaft & Arbeit; Bildung & Integration; Lebensqualität & Stadtstruktur“ (Deutscher Städte- und Gemeindebund e. V. 2012) Wie sich im weiteren Verlauf dieser Arbeit zeigen wird, ist der Versuch die Kriterien wieder eindeutig einer Kategorie zuzuordnen nicht immer leicht, weswegen eine korrekte Einteilung in die angegebenen Rubriken nicht gewährleistet werden kann. Um dennoch eine sinnvolle Einteilung zu gewährleisten, werden die bestehenden Kategorien um die Rubriken „Sonstige“, „Preise und Auszeichnungen“ und „(Master-)Pläne, Konzepte, Leitbilder oder Ziele“ ergänzt.

Da die Einteilung der Kriterien in Kategorien für das Hauptanliegen dieses Kataloges, der Sammlung aller Kriterien, eher nebensächlich ist und sie lediglich der Übersichtlichkeit dient sowie einen ersten Anhaltspunkt für weitere Arbeiten geben soll, wird diese Einordnung als ausreichend erachtet. Innerhalb der inhaltlichen Kategorien werden die einzelnen Kriterien nach den Jahreszahlen aufsteigend chronologisch, also von 2012 bis 2019, geordnet. Dies soll der Übersichtlichkeit und dem besseren Verständnis dienen. Maßnahmen, Projekte, Ziele oder Strategien lassen sich so schneller in einen räumlichen und zeitlichen Rahmen einordnen.

Sämtliche in den Katalog einfließenden Informationen sind in der Rubrik des Wettbewerbs für Städte und Gemeinden, bzw. in deren Unterwebsites auf der Seite des Preises zu finden⁶. Im Sinne einer übersichtlichen Darstellung werden die Quellen zu den einzelnen Kriterien nicht zitiert. Dies dient nicht der Aneignung fremden geistigen Eigentums und ausdrücklich wird darauf hingewiesen, dass jedes einzelne Kriterium dort zu finden ist.

Angelehnt an das Format des Wettbewerbs soll dieser Katalog wie folgt aussehen:

1. Bisher nominierte Kommunen:

- Aufzählung der Kommunen mit Namen und nach Häufigkeit ihrer Nominierungen

2. Kleinstädte und Gemeinden:

- Governance und Verwaltung (von 2012 bis 2019)
- Klima und Ressourcen (von 2012 bis 2019)
- Mobilität und Infrastruktur (von 2012 bis 2019)
- Wirtschaft und Arbeit (von 2012 bis 2019)
- Bildung und Integration (von 2012 bis 2019)
- Lebensqualität und Stadtstruktur (von 2012 bis 2019)
- Preise und Auszeichnungen (von 2012 bis 2019)
- (Master-)Pläne, Konzepte, Leitbilder oder Ziele (von 2012 bis 2019)
- Sonstige (von 2012 bis 2019)

⁶ Siehe hierzu: Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis e. V.: 2018D

3. Städte mittlerer Größe:

- Governance und Verwaltung (von 2012 bis 2019)
- Klima und Ressourcen (von 2012 bis 2019)
- Mobilität und Infrastruktur (von 2012 bis 2019)
- Wirtschaft und Arbeit (von 2012 bis 2019)
- Bildung und Integration (von 2012 bis 2019)
- Lebensqualität und Stadtstruktur (von 2012 bis 2019)
- Preise und Auszeichnungen (von 2012 bis 2019)
- (Master-)Pläne, Konzepte, Leitbilder oder Ziele (von 2012 bis 2019)
- Sonstige (von 2012 bis 2019)

4. Großstädte:

- Governance und Verwaltung (von 2012 bis 2019)
- Klima und Ressourcen (von 2012 bis 2019)
- Mobilität und Infrastruktur (von 2012 bis 2019)
- Wirtschaft und Arbeit (von 2012 bis 2019)
- Bildung und Integration (von 2012 bis 2019)
- Lebensqualität und Stadtstruktur (von 2012 bis 2019)
- Preise und Auszeichnungen (von 2012 bis 2019)
- (Master-)Pläne, Konzepte, Leitbilder oder Ziele (von 2012 bis 2019)
- Sonstige (von 2012 bis 2019)

Insgesamt soll auf diese Art und Weise ein umfassender und inspirierender kommunalpolitischer Handlungskatalog für konkrete, weniger konkrete, praxiserprobte oder angepeilte Nachhaltigkeitsprojekte, –strategien und –maßnahmen erstellt werden.

2.1. Hindernisse bei der Erstellung dieses Kataloges und deren Bedeutung

Diese Arbeit stößt zwangsläufig auf einige Widerstände, welche eine treffsichere wissenschaftliche Erfassung der Vergabekriterien und -begründungen erschweren. Bei der Betrachtung dieser Hindernisse wird deutlich, dass dieser Katalog nur ein Ausgangspunkt für weitere Forschungsarbeiten und Recherchen sein kann.

Eines der größten Probleme, welches sich bei der Erstellung dieser Sammlung stellt, ist die genaue Erfassung von Kriterien und Begründungen für die Nominierung der Kommunen. An einigen Stellen ist eine notwendige Trennschärfe nicht gewährleistet. Nicht immer ist ersichtlich, ob sich Aussagen und Textpassagen auf nachfolgende Texte beziehen, bzw. ob sie diese zusammenfassen oder ob sie ein eigenständiges Kriterium für die Nominierung der Kommune darstellen. Im Sinne der Vollständigkeit finden solche Passagen Eingang in diese Arbeit, sobald Zweifel aufkommen, ob sie nur eine literarische Funktion haben oder ob sie tatsächlich ein eigenständiges Kriterium darstellen. Da diese Entscheidungen rein subjektiv sind, kann es

vorkommen, dass gewisse Textstellen am Anfang und Ende der Begründungstexte keine Berücksichtigung finden.

Ein weiteres Hindernis stellen Formulierungen wie die folgenden dar: „Energieeffizienz bei den öffentlichen Gebäuden wird großgeschrieben [...]“, „Generationsübergreifende Projekte sind feste Säulen des AGENDA-Prozesses.“, „Im Bereich Bildung, Inklusion und Integration gibt es eine Vielzahl von Projekten für ein offenes, vielfältiges und gleichberechtigtes Miteinander in Stadt und Region.“ oder „Verschiedene Leitvorhaben und Schwerpunkträume verdeutlichen die Ziele der Nachhaltigkeitspolitik und zeigen Maßnahmen auf.“ Es ist klar, dass manche Formulierungen nicht detailliert genug sind, um aus ihnen konkrete Maßnahmen, Projekte, Ziele oder Strategien zur Nachhaltigkeit abzuleiten. Dennoch können diese im Sinne einer umfassenden Bestandsaufnahme nicht außenvorgelassen werden. Tatsächlich lohnt die Aufnahme dieser Kriterien in den Katalog, da sie eine gewisse Ambivalenz vermitteln, die sich als Eindruck bei der Erfassung eben dieser ergibt. Manche Begründungen erscheinen sehr konkret, während andere sehr vage bleiben. Im Sinne weiterer Forschungsarbeiten, z.B. zur Qualität der ausgezeichneten Maßnahmen, ist es daher eine Zielsetzung dieses Kataloges, diese Ambivalenz zu erhalten und somit auch vermeintlich gehaltslose Aussagen aufzunehmen.

Auch kann es passieren, dass manche Punkte plagiativ erscheinen, jedoch lassen sich nicht immer andere Umschreibungen finden, ohne an sprachlicher und inhaltlicher Präzision einzubüßen. Sollten Passagen Wort für Wort übernommen worden sein, sind diese mit Anführungszeichen gekennzeichnet.

Diese Arbeit erhebt aus den genannten Gründen keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Dennoch versucht sie unabhängig vom inhaltlichen Gehalt eine umfassende Gesamtdarstellung aller eigenständigen Kriterien zu liefern und dabei nicht an inhaltlicher Präzision zu verlieren. Es zeichnet sich ab, dass zu manchen Kriterien weitere Nachforschungen nötig sind, um deren Qualität zu beurteilen.

3. Kriterienkatalog des Deutschen Nachhaltigkeitspreises für Städte und Gemeinden

In diesem Katalog werden Maßnahmen, Projekte, Ziele und Strategien zur nachhaltigen Stadt- und Gesellschaftsentwicklung gesammelt, welche aus den offiziellen Jurybegründungen des Deutschen Nachhaltigkeitspreises entnommen werden. Es wird nach der herausgearbeiteten Vorgehensweise gearbeitet.

3.1. Bisher nominierte Kommunen

Zwischen 2012 und 2019 wurden insgesamt 74 Städte und Gemeinden für den Deutschen Nachhaltigkeitspreis nominiert. Manche Kommunen wurden zwar mehrmals nominiert, da sie sich jedoch jedes Jahr aufs Neue bewerben mussten, fließen auch mehrfache Nominierungen in diesen Katalog ein. Die Liste der nominierten Städte setzt sich wie folgt zusammen:

Kommunen mit vier und mehr Nominierungen:

- Barnstorf

Kommunen mit drei Nominierungen:

- Delitzsch
- Eltville am Rhein
- Geestland
- Gelsenkirchen
- Hannover
- Nürnberg
- Pirmasens
- Saerbeck
- St. Ingbert

Kommunen mit zwei Nominierungen:

- Aachen
- Alheim
- Ascha
- Augsburg
- Dortmund
- Furth
- Heidelberg
- Herten
- Juist
- Karlsruhe
- Ludwigsburg
- Nettersheim

- Pfaffenhofen an der Ilm
- Wernigerode

Kommunen mit einer Nominierung:

- Bad Berleburg
- Bottrop
- Buxtehude
- Dornstadt
- Enkenbach-Alsenborn
- Eschweiler
- Esslingen am Neckar
- Freiburg
- Friedrichshafen
- Kempten im Allgäu
- Leipzig
- Lörrach
- Lüneburg
- Mainz
- Mannheim
- Münster
- Neumarkt
- Nordhorn
- Recklinghausen
- Spremberg
- Tübingen
- Wunsiedel

3.2. Kleinstädte und Gemeinden

Governance und Verwaltung:

- Aktionsprogramm zur Bürgerbeteiligung fördert den Austausch zwischen BürgerInnen und Gemeinde (Pfaffenhofen an der Ilm, 2012)
- Jugendpartizipation wird durch ein Jugendparlament gefördert (Pfaffenhofen an der Ilm, 2012 & 2013)
- Online Live-Übertragungen der öffentlichen Stadtratssitzungen schaffen Transparenz (Pfaffenhofen an der Ilm, 2012 & 2013)
- Bürgerforum als Schnittstelle zwischen Gemeinderat, -verwaltung und BürgerInnen (Barnstorf, 2012)
- Aus-, bzw. Weiterbildung eigener MitarbeiterInnen zu Energie- und KlimaschutzmanagerInnen (Barnstorf, 2012, 2013, 2014 & 2015)
- Gemeindehaushalt wird „nach Nachhaltigkeitskriterien aufgestellt, verabschiedet und abgearbeitet“ (Furth, 2013 & 2014)

- Bei Neuanschaffungen wird umwelt- und sozialgerecht gehandelt, selbst wenn das höhere finanzielle Aufwendungen bedeutet (Furth, 2013 & 2014)
- Starke partizipative Ansätze sichern die nachhaltige Entwicklung (Furth, 2013)
- Aktionsprogramm zur Bürgerbeteiligung wurde um Workshops und Werkstätten ergänzt (Pfaffenhofen an der Ilm, 2013)
- Einsatz von KlimaschutzmanagerInnen auf Basis eines Klimaschutzkonzeptes (Juist, 2014 & 2015)
- Auslotung der Energiepotentiale im nachhaltigen Bereich sowie gleichzeitige Überwachung der Klimaschutzmaßnahmen durch die Erstellung eines CO₂-Fussabdrucks in den Jahren 2008 und 2010 (Juist, 2014 & 2015)
- Starke Beteiligungs- und Anerkennungskultur (Furth, 2014)
- Junge StadtbewohnerInnen werden durch Zukunftswerkstätten und Schülerfirmen stärker in das Gemeindegesehen eingebunden (Dornstadt, 2015)
- Interessen von Reisenden werden durch ein „Gästeparlament“ vertreten und in Entscheidungsprozessen berücksichtigt (Juist, 2015)
- Ein kommunaler Nachhaltigkeitsbeauftragter sitzt einem neugeschaffenen Nachhaltigkeitsrat vor und „aktiviert den Nachhaltigkeitsprozess, sichert Erfolge und evaluiert die Maßnahmen“ (Juist, 2015)
- Das „Mobile Alzheimer Rathaus“ bringt SeniorInnen mit einem Elektrofahrzeug Leistungen des Bürgerbüros nach Hause (Alheim, 2016)
- BürgerInnen werden „frühzeitig und transparent in Planungsprozesse einbezogen“ (Saerbeck, 2018)
- Eine „Steuerungsgruppe Nachhaltigkeit“ prüft Resultate von Entwicklungsprozessen (Eltvile am Rhein, 2018)
- Ein Klimaschutzmanager hilft bei der Umsetzung des kommunalen Klimaschutzkonzeptes (Nettersheim, 2018)
- Partizipation und Transparenz werden bei Planung und Realisierung wichtiger Projekte berücksichtigt (Eltvile am Rhein, 2019)
- Eine eigene Abteilung koordiniert ehrenamtliche Aktivitäten mittels „Engagement-Lotsen“ (Eltvile am Rhein, 2019)
- Anerkennungskultur und Unterstützung des Ehrenamts, u.a. durch „Tag des Ehrenamts“ (Eltvile am Rhein, 2019)
- Akzeptanz für kommunales Handeln wird durch Transparenz und Dialog gesteigert (Bad Berleburg, 2019)

Klima und Ressourcen:

- Betrieb eines Biomasse-Heizkraftwerks konnte helfen, die Ziele des Kyoto-Protokolls bereits 2001 zu erreichen (Pfaffenhofen an der Ilm, 2012 & 2013)
- Interkommunale Vernetzung für ein gemeinsames Engagement zum Schutz umliegender Moorlandschaften (Barnstorf, 2012)
- Einrichtung zweier, genossenschaftlicher Bürgersolaranlagen auf öffentlichen Gebäuden (Barnstorf, 2012, 2013 & 2014)

- Verändertes Beleuchtungskonzept senkt Energieverbrauch und finanzielle Aufwendungen der Gemeinde (Barnstorf, 2012, 2013, 2014 & 2015)
- Energiekosten für die Wärmeversorgung zweier Bildungseinrichtungen konnten durch Nutzung regenerativer Energien bei steigenden Energiepreisen stabilisiert werden (Barnstorf, 2012, 2013 & 2014)
- Energetische Sanierung von Dach und Belüftung der örtlichen Bibliothek (Barnstorf, 2012 & 2013)
- Mindestens 80% des Energiebedarfs der Privathaushalte werden aus erneuerbaren Quellen bezogen (Alheim, 2012)
- Straßenbeleuchtung auf Basis von LED-Technologie (Alheim, 2012)
- Teilnahme an einem Gemeinschaftsprojekt zur Erschließung einer regionalen und erneuerbaren Energieversorgung (Wunsiedel, 2012)
- Mehrere Heizkraftwerke mit Nahwärmenetzwerken verteilen sich auf das Stadtgebiet und werden mit nachwachsenden Rohstoffen betrieben (Wunsiedel, 2012)
- Erweiterung eines lokalen Windparks, u.a. um ein Hochleistungswindrad, in Kooperation mit angrenzenden Gemeinden (Wunsiedel, 2012)
- Erzeugung von Strom- und Wärmeenergie durch Verwertung von Resten der regionalen Holzproduktion in einem Heizkraftwerk (Wunsiedel, 2012)
- Strom- und Wärmeenergie werden zu 80% aus erneuerbaren Energien bezogen, vor allem durch Energieerzeugung aus Holz (Furth, 2013 & 2014)
- Ein eigener Wald „sichert den Energierohstoff Holz – als wichtigsten Energierohstoff – im schonenden Anbau“ (Furth, 2013 & 2014)
- Freiwilliges Flurbereinigungsverfahren an lokalen Bächen schafft einen breiten Holzsaum, welcher die Holzversorgung sicherstellt und nebenbei Hochwasserschutz sowie Gewässerrenaturierung bringt, die europäische Wasserrahmenrichtlinie umsetzt und einen spürbaren Beitrag zur Schaffung des Further Biotopverbundes und der Biodiversitätsstrategie von Bund und Land leistet (Furth, 2013 & 2014)
- Sämtliche Gebäude auf kommunalem Gebiet sollen energetisch saniert werden (Juist, 2014)
- Mehr als 80% des Kommunalgebiets sind Schutzgebiet (Juist, 2014 & 2015)
- Klimaschutzaktion in Kooperation mit lokalem Unternehmen ermöglicht BürgerInnen eine Energie-Erstberatung und forciert so energetische Sanierungen (Barnstorf, 2014)
- Öffentliche Gebäude werden komplett mit „Naturstrom“ versorgt (Dornstadt, 2015)
- Die städtische Verwaltung nutzt Green IT (Dornstadt, 2015)
- Energieverbrauch von kommunalen Einrichtungen wird von einem Energiemanager überwacht und Optimierungsbedarf wird festgestellt (Dornstadt, 2015)
- Ausstattung von mehr als 50% der Straßenbeleuchtung mit LED-Technologie (Dornstadt, 2015)
- Bürgergenossenschaft leistet einen Teil der Versorgung mit erneuerbaren Energien (Dornstadt, 2015)
- Schaffung eines kommunalen Klimaschutzfonds, welcher über Spenden von Gästen finanziert wird (Juist, 2015)
- Umrüstung von 90% der Straßenbeleuchtung auf LED-Technologie (Juist, 2015)

- Drei Nahwärmenetze versorgen einen Großteil der öffentlichen Gebäude, ein Seniorenheim sowie 100 Wohnhäuser mit Wärmeenergie (Enkenbach-Alsenborn, 2016)
- Lokales Biomasseheizkraftwerk wird mit Restmaterialien aus der Landschaftspflege und Grünschnitt betrieben (Enkenbach-Alsenborn, 2016)
- Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden leisten einen Teil der Energieversorgung (Enkenbach-Alsenborn, 2016)
- Betrieb einer großen Freiflächen-Photovoltaikanlage (Enkenbach-Alsenborn, 2016)
- Verschiedene regenerative Energiequellen sollen zu einem „Virtuellen Kraftwerk“ zusammengeschlossen werden, um die Steuerung der Anlagen zu optimieren und an die Bedürfnisse des Stromnetzes anzupassen (Enkenbach-Alsenborn, 2016)
- Überschüsse aus der Stromproduktion sollen in einem elektrochemischen Speicher aufgefangen werden (Enkenbach-Alsenborn, 2016)
- Einmal monatlich können BürgerInnen eine kostenlose Energieberatung beanspruchen (Enkenbach-Alsenborn, 2016)
- Schaffung eines eigenen Wettbewerbs, in dem BürgerInnen für ihr Engagement zum Klimaschutz ausgezeichnet werden (Enkenbach-Alsenborn, 2016)
- Ziel der Energieautarkie konnte zu 92% verwirklicht werden (Ascha, 2016)
- Fortlaufende Erweiterung von regenerativen Energien (Ascha, 2016)
- Erstes kommunales Nahwärmenetz in Bayern (Ascha, 2016)
- Straßenbeleuchtung wurde auf den Betrieb mit Solarenergie umgestellt (Ascha, 2016)
- Förderung von nachhaltigem Bauen durch ein „Ökobonussystem“ (Ascha, 2016)
- Ziel der Versorgung von mindestens 80% des Energiebedarfs der Privathaushalte aus erneuerbaren Quellen wurde bereits 2012 erreicht und 2016 mit der Produktion von 187% des tatsächlichen Bedarfs übertroffen (Alheim, 2016)
- 99,3% des in der Gemeinde verbrauchten Strombedarfs werden aus erneuerbaren Quellen (Solar, Wasserkraft und Biomasse) erschlossen (Alheim, 2016)
- Seit 2006 konnten 43.000t CO₂ eingespart werden (Alheim, 2016)
- Kooperation mit lokalen Investoren, um ein ehemaliges Munitionsdepot in einen Bioenergiepark umzufunktionieren (Saerbeck, 2018 & 2019)
- Erneuerbare Energien erzeugen dreieinhalb Mal mehr Strom, als verbraucht wird, wodurch die bilanzielle Selbstversorgung erzielt werden konnte (Saerbeck, 2018)
- CO₂-Fussabdruck der EinwohnerInnen konnte im Schnitt von 9,6 auf 5,5 Tonnen pro Jahr reduziert werden (Saerbeck, 2018)
- Gründung einer Energiegenossenschaft beteiligt BürgerInnen an der Energiewende (Saerbeck, 2018 & 2019)
- Durchführung energetischer Sanierungen (Eltville am Rhein, 2018)
- Ausstattung mehrerer städtischer Gebäude mit Solaranlagen (Eltville am Rhein, 2018)
- Beteiligung an der Kampagne „Bienenfreundliches Hessen“ (Eltville am Rhein, 2018)
- Fokus auf die nachhaltige Bewirtschaftung von Wäldern (Eltville am Rhein, 2018)
- Kommunalverwaltung verzichtet auf den Einsatz von Glyphosat (Eltville am Rhein, 2018)
- Ein Großteil des Gemeindegebiets ist Landschaftsschutzgebiet (Nettersheim, 2018)
- „Holzkompetenzzentrum Rheinland“ spiegelt die Wertschätzung für den nachhaltigen Bau- und Rohstoff wieder (Nettersheim, 2018)

- Holz ist als nachhaltiger Baustoff fest im Ortsbild verankert, z.B. im Bauhof der Gemeinde (Nettersheim, 2018)
- Beratung von Privathaushalten und Unternehmen durch eine Energieagentur (Nettersheim, 2018)
- Vergabe eines Klimaschutzpreises (Bad Berleburg, 2019)
- auf den Dächern der Gemeinde sind mehr als 400 Photovoltaik-Anlagen montiert (Saerbeck, 2019)
- Erneuerbare Energien erzeugen fünf Mal mehr Strom, als verbraucht wird (Saerbeck, 2019)

Mobilität und Infrastruktur:

- „Autofreiheit“ der Insel und des Kommunalgebiets (Juist, 2014 & 2015)
- Reisende werden ermutigt mit der Eisenbahn oder dem Fernbus anzufahren (Juist, 2014 & 2015)
- MitarbeiterInnen der Verbandsgemeindeverwaltung können für dienstliche Zwecke auf ein Elektrofahrzeug zurückgreifen (Enkenbach-Alsenborn, 2016)
- Der Bauhof der Gemeinde sowie die Forstverwaltung können auf vier Elektrofahrzeuge und ein Hybridfahrzeug zurückgreifen (Enkenbach-Alsenborn, 2016)
- Entwicklung von Carsharing- und Nutzersharing-Angeboten für rurale Gebiete (Enkenbach-Alsenborn, 2016)
- Kindergarten- und Schulkinder fahren kostenlos mit dem Bus (Ascha, 2016)
- Ausbau regionaler Radwege (Ascha, 2016)
- Ein Sharing-Modell mit einem Elektroauto als Angebot für EinwohnerInnen (Ascha, 2016)
- Anschaffung von Elektrorollern wird bezuschusst (Ascha, 2016)
- Altstadt und Uferbereich des Rheins wurden im Rahmen einer Umgestaltung für den Autoverkehr gesperrt (Eltville am Rhein, 2018)
- Im Zuge der Umgestaltung des Rheinufers wurde mehr Platz für FußgängerInnen und RadfahrerInnen geschaffen (Eltville am Rhein, 2018 & 2019)
- BesucherInnen des lokalen Bioenergieparks können auf sechzig Fahrräder und ein Handicap-Bike zurückgreifen (Saerbeck, 2019)
- Erwerb eines Elektrofahrzeugs für die Gemeinde (Saerbeck, 2019)
- Errichtung dreier Schnellladesäulen für Elektrofahrzeuge sowie Prüfung der Ausbaumöglichkeiten dieser (Saerbeck, 2019)

Wirtschaft und Arbeit:

- „Veredelung, Verarbeitung und Vermarktung regionaler Lebensmittel“ (Pfaffenhofen an der Ilm, 2012 & 2013)
- Abwärmenutzung einer Biogasanlage hält Energiekosten für umliegende Betriebe gering (Alheim, 2012)
- Arbeitsplatzsicherung und -schaffung durch Nutzung lokaler Ressourcen (Alheim, 2012)

- Internationale Kooperation mit einer spanischen Stadt zwecks Fachkräfteaustausch und Förderung von Public Private Partnerships (Wunsiedel, 2012)
- „Vernetzung von Privatwirtschaft und Kommunalunternehmen“ (Wunsiedel, 2012)
- Ausbau regenerativer Energien brachte 50 neue Arbeitsstellen hervor (Furth, 2013 & 2014)
- Spezielle Kennzeichnung für Betriebe, welche ein nachhaltiges Konzept verfolgen (Juist, 2014)
- Erweiterung der Saison, durch „Schaffung von ganzjährig nachhaltig orientierten Angeboten“ stellt auch in Monaten mit geringerem Touristenaufkommen die wirtschaftliche Grundlage sicher (Juist, 2014 & 2015)
- Sensibilisierung für nachhaltigen Konsum durch zweijährige Durchführung von Aktionstagen zum Thema Nachhaltigkeit mit Bio-Markt, Kulturprogramm und Aktionen in den städtischen Schulen (Dornstadt, 2015)
- Fairtrade-Stadt (Dornstadt, 2015)
- Fokus auf erneuerbare Energien schafft neue Arbeitsplätze und sichert solche in bestehenden Handwerksbetrieben, welche ökologische Aufträge umsetzen (Enkenbach-Alsenborn, 2016)
- Mehr als 200 neue Arbeits- und 25 Ausbildungsstellen konnten „im Bereich der erneuerbaren Energietechniken“ geschaffen werden (Alheim, 2016)
- „auf dem Weg zur Fairtrade-Town“ (Eltville am Rhein, 2018)
- Projekt zur Anwerbung und Sicherung von Fachkräften (Bad Berleburg, 2019)
- Etablierung des nachhaltigen Tourismus (Bad Berleburg, 2019)
- Ansiedlung freilaufender Wisente fördert den lokalen Tourismus (Bad Berleburg, 2019)

Bildung und Integration:

- Stärkung der Nachhaltigkeit und gesellschaftlichen Integration mittels „generationsübergreifenden Bildungs- und Integrationsmaßnahmen“ (Pfaffenhofen an der Ilm, 2012)
- Initiierung und mehrfache Durchführung einer Nachhaltigkeitsmesse (Barnstorf, 2012, 2013 & 2014)
- Vereine und lokale Initiativen sorgen für ein breites Angebot an Erwachsenenbildung (Barnstorf, 2012)
- Jugend wird in der Schule, in einem Umwelt-Erlebnis-Zentrum und durch das „Lokale Bündnis für Familien“ für nachhaltige Entwicklung sensibilisiert (Barnstorf, 2012, 2013, 2014 & 2015)
- Nachhaltige Bildung in lokalen Kindertagesstätten und Schulen, u.a. durch Integrationsmaßnahmen und Sprachförderung (Alheim, 2012)
- Vorbild für Bildung zu nachhaltiger Entwicklung (Alheim, 2012)
- Bekenntnis zu Multikulturalität (Wunsiedel, 2012)
- „Wunsiedler Forum zur Vermittlung von Kenntnissen im Kampf gegen Rechts“ (Wunsiedel, 2012)
- Interkommunale Zusammenarbeit unter Leitung des NABU zur Entwicklung von ziel- und adressatenorientierten Methoden für Kommunikationsstrategien, welche der Bevölkerung die Vorteile von flächensparender Siedlungspolitik mittels ansprechender und einfa-

cher Botschaften näherbringen sollen, so z.B. dem „30 ha-Tag“ (Barnstorf, 2013, 2014 & 2015)

- Auf eine relativ niedrige Einwohnerzahl kommt eine „Vielzahl an Bildungs- und Erziehungseinrichtungen mit integrativen Ansätzen“ (Furth 2014)
- Nachhaltiges Handeln stellt in den kommunalen Bildungs- und Erziehungsanstalten ein zentrales Anliegen dar (Furth, 2014)
- Eine städtische Beauftragte sowie ein Projektmanagement aus Wirtschaft und Politik entwerfen Aktivitäten zur Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und stimmen diese ab (Dornstadt, 2015)
- Ehrenamtlicher „Arbeitskreis Asyl“ stellt Angebote für AsylantInnen bereit (Dornstadt, 2015)
- Gründung eines Arbeitskreises, welcher Integration von MigrantInnen erleichtern soll (Barnstorf, 2015)
- „Kinderklimaschutzkonferenzen, Klima-Kochtage und Theaterstücke“ sensibilisieren die Kinder der örtlichen Grundschule für Umweltthemen (Enkenbach-Alsenborn, 2016)
- Kooperation mit einer örtlichen Kunstwerkstatt bringt Kinder in Kunstprojekten mit Umweltthemen in Berührung (Enkenbach-Alsenborn, 2016)
- Kinder und Jugendliche werden durch ein eigenes Konzept für ein „nachhaltiges Engagement“ motiviert (Ascha, 2016)
- Bildungsstation für biologische Vielfalt sensibilisiert für das Thema (Ascha, 2016)
- Umweltbildungszentrum sensibilisiert BesucherInnen für Umweltthemen und bildet „Senior-UmwelttrainerInnen“ aus, welche ehrenamtlich in Kindergärten und Schulen im Bereich Umweltbildung tätig sind (Alheim, 2016)
- Patenschaftsmodell für die Integration von Flüchtlingen (Alheim, 2016)
- EhrenamtlerInnen veranstalten Führungen durch den lokalen Bioenergiepark (Saerbeck, 2018)
- Energieerlebnispfad und gläserne Heizzentrale machen die Themen Energiegewinnung, Energieeinsparung und Klimaschutz zum Lernerlebnis (Saerbeck, 2018 & 2019)
- Ein Bioenergiepark wird als außerschulischer Lernort integriert (Saerbeck, 2018 & 2019)
- Höchste Betreuungsquote im Kreisgebiet (Eltville am Rhein, 2018)
- „zahlreiche Bildungs-, Freizeit- und Kulturangebote für Jung und Alt“, welche u.a. durch ein Mehrgenerationenhaus gesteuert werden (Eltville am Rhein, 2018 & 2019)
- Medienscouts fördern digitale Kompetenz von SchülerInnen (Eltville am Rhein, 2018)
- Bestehende Angebote werden erweitert, um auch den Bedürfnissen von Asylsuchenden gerecht zu werden (Eltville am Rhein, 2018)
- Praktische Umwelt- und Erwachsenenbildung im Naturzentrum Eifel (Nettersheim, 2018)
- „Löwenzahn-Erlebnispfad und der Archäologische Landschaftspark“ fördern (Bildungs-)Tourismus (Nettersheim, 2018)
- Sicherung des (Bildungs-)Tourismus‘ u.a. durch das „Bildungswerk Nettersheim“ (Nettersheim, 2018)
- Familienzentrum koordiniert umfangreiche Angebote für Familien, Erwachsene und SeniorInnen (Nettersheim, 2018)
- „Ausstellungen lokaler, nationaler und internationaler“ Künstler“ im Kulturbahnhof (Nettersheim, 2018)

- Durchführung der Eifler Buchmesse (Nettersheim, 2018)
- Vergabe des Eifler Jugendliteraturpreises (Nettersheim, 2018)
- „Bildungs-, Betreuungs- und Beratungsangebot für alle Alters- und Zielgruppen“ (Eltille am Rhein, 2019)
- Jugendliche unterschiedlicher kultureller Herkunft gestalten im Rahmen eines Projekts gemeinsam den Zwinger der Kurfürstlichen Burg neu und erlernen dabei „ein demokratisches Miteinander“ (Eltille am Rhein, 2019)
- „Natur- und Erlebnispädagogik“-Angebote für Kinder und Jugendliche (Bad Berleburg, 2019)
- Kulturelle Traditionen werden durch lokale Märkte gepflegt (Bad Berleburg, 2019)
- Planung zur Erweiterung des außerschulischen Lernortes für Umweltbildung (Saerbeck, 2019)

Lebensqualität und Stadtstruktur:

- Modellkommune für menschen- und unternehmensgerechte sowie naturnahe Stadtplanung (Pfaffenhofen an der Ilm, 2012 & 2013)
- Bündelung von nachhaltigem Wohnen, landwirtschaftlichen Unternehmen und einem Kompetenzzentrum für Betriebe mit ökologischem Schwerpunkt in einem Quartier „der kurzen Wege“, welches seinen Strom- und Wärmebedarf für Wohn- und Arbeitsbereiche komplett aus erneuerbaren Energien deckt und darüber hinaus mit wohngiftfreien und ökologischen Materialien erbaut wird (Pfaffenhofen an der Ilm, 2012 & 2013)
- BürgerInnen eines neuen Quartiers werden in einem Beirat bestehend aus BewohnerInnen, Stadtverwaltung und WissenschaftlerInnen repräsentiert (Pfaffenhofen an der Ilm, 2012)
- Bildungs- und Betreuungseinrichtungen stehen in dem neuen Quartier zur Verfügung (Pfaffenhofen an der Ilm, 2012)
- Innenentwicklungsprogramm fördert die Sanierung und Substituierung alter Gebäude (Barnstorf, 2012)
- Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse älterer Menschen durch eine Verbindung von altersgerechtem Wohnen und angrenzenden Gesundheitsdienstleistungen (Alheim, 2012)
- Bevölkerungsrückgang soll durch eine von Bürgerinteressen gesteuerte Innenentwicklung und eine Verbesserung der Reputation gestoppt werden (Wunsiedel, 2012)
- Dorfkern wurde unter Partizipation der BürgerInnen entwickelt (Furth, 2013 & 2014)
- Begrenzung der Baulandvergabe durch ein Baulandmodell (Furth, 2013 & 2014)
- Lebensqualität aller EinwohnerInnen wird durch Einrichtungen für Bildung, Freizeit und Gesundheit gefördert (Furth, 2013 & 2014)
- Ein bestehendes Baulückenkataster wurde um ein Leerstandskataster ergänzt (Barnstorf, 2015)
- Ein „Mehrgenerationenspielplatz“ fördert den sozialen Austausch und den Zusammenhalt“ der BürgerInnen (Barnstorf, 2015)
- Initiierung einer Messe zu barrierefreiem Wohnen und Leben (Barnstorf, 2015)
- Initiativen zur Förderung des Gemeinsinns (Ascha, 2016)
- „Reaktivierung des Dorfkerns“ trägt zur Dorferneuerung bei (Ascha, 2016)

- Ein allen zugänglicher, traditioneller Brotbackofen trägt dazu bei, die Dorfkultur zu erhalten (Ascha, 2016)
- Altersgerechte Wohnangebote werden durch ein Netzwerk ebenso gefördert, wie der gesellschaftliche Zusammenhalt (Alheim, 2016)
- Verdichtung der innerstädtischen Strukturen soll dem wachsenden Wohnraumbedarf gerecht werden (Eltville am Rhein, 2018 & 2019)
- „Forum Rheingau“ stimmt unterschiedliche Interessen in Bezug auf Flächennutzung ab (Eltville am Rhein, 2018 & 2019)
- Wiederbelebung des historischen Ortskerns (Nettersheim, 2018)
- Leerstandmanagement und Bauberatung leiten die Entwicklung der Gemeinde (Nettersheim, 2018)
- Initiative zur Verhinderung der Besiedlung umliegender Weinberge (Eltville am Rhein, 2019)

Preise und Auszeichnungen:

- Durch das bayrische Umweltministerium als „Nachhaltige Bürgerkommune Bayern“ ausgezeichnet (Pfaffenhofen an der Ilm, 2012 & 2013)
- Grundsatzbeschluss zum Flächenmanagement wurde von der Europäischen Kommission als Best-Practice hervorgehoben (Barnstorf, 2012, 2013, 2014 & 2015)
- Wiederholte Auszeichnung lokaler Schulen mit dem Siegel „Umweltschule“ (Barnstorf, 2012, 2013 & 2014)
- Auszeichnung mit dem Deutschen Solarpreis (Alheim, 2012)
- Auszeichnung mit dem Hessischen Klimaschutzpreis (Alheim, 2012)
- Wiederholte Auszeichnung als „Gemeinde der UN-Weltdekade BNE“ (Alheim, 2012)
- Auszeichnung mit dem Deutschen Solarpreis (Furth, 2013)
- Durch die Bundesregierung für die Leistungen im Bereich erneuerbare Energien und Klimaschutz ausgezeichnet (Furth, 2013)
- CSR-Zertifizierung nach dem Green Globe Certification Standard (Juist, 2014)
- Auszeichnung mit dem Green Globe Highest Achievement Award (Juist, 2014)
- Auszeichnung als „Nachhaltige Bürgerkommune Bayern“ (Furth, 2014)
- Mehrfache Auszeichnungen im Bereich regenerativer Energien (Furth, 2014)
- Auszeichnung als Kommune der Weltdekade für Bildung für nachhaltige Entwicklung (Dornstadt, 2015)
- Erhielt den Eine-Welt-Preis (Dornstadt, 2015)
- „NRW-Klimakommune der Zukunft“ (Saerbeck, 2018)
- Wiederholte Auszeichnung als „Bundeshauptstadt im Naturschutz“ (Nettersheim, 2018)
- Wiederholte Auszeichnung als „Bundeshauptstadt der Biodiversität“ (Nettersheim, 2018)
- Auszeichnung mit dem European Energy Award (Bad Berleburg, 2019)

(Master-)Pläne, Konzepte, Leitbilder oder Ziele:

- Entwicklung des Stadtentwicklungskonzeptes unter Einbezug der BürgerInnen (Pfaffenhofen an der Ilm, 2012 & 2013)

- Leitbild der Gemeinde geht aus einem starken Kommunikationsprozess mit den BürgerInnen hervor und fokussiert sich auf Flächenmanagement (Barnstorf, 2012, 2013, 2014 & 2015)
- Integriertes Klimaschutzkonzept mit dem Ziel bis 2025 sämtliche verbrauchte Energie effizienter zu nutzen und aus regenerativen Quellen zu beziehen (Barnstorf, 2012, 2013, 2014 & 2015)
- Energieleitbild mit dem Ziel bis 2015 80% der in den Privathaushalten verbrauchten Energie durch erneuerbare Energien zu decken und bis 2030 Energieautarkie zu erzielen (Alheim, 2012 & 2016)
- Freiwillige Verpflichtungen, u.a. durch die „Charta der 100 Kommunen für den Klimaschutz“ (Alheim, 2012)
- Kommunales Leitbild wurde unter Bürgerbeteiligung erstellt (Wunsiedel, 2012)
- Interkommunale Zusammenarbeit zwecks Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes (Wunsiedel, 2012)
- CO₂-Emissionen sollen bis 2020 auf die Hälfte des Stands von 2008 gesenkt werden (Wunsiedel, 2012)
- Nachhaltigkeitsleitbild verbindet die Aspekte Umwelt, Wirtschaft, Soziales und Kultur und beeinflusst alle Gemeindeentscheidungen (Furth, 2013 & 2014)
- Ziel, die Gemeinde ausschließlich mit erneuerbaren Energien zu versorgen (Furth, 2013 & 2014)
- Beschluss eines Aktionsplans mit dem Ziel, den kommunalen CO₂-Ausstoß bis 2030 auf drei Tonnen pro Einwohner und Jahr zu reduzieren und somit um die Hälfte zu senken (Pfaffenhofen an der Ilm, 2013)
- Projekte und Ziele ergeben sich aus einem partizipativ-entwickelten (touristischen) Leitbild (Juist, 2014 & 2015)
- Entwicklung eines Nachhaltigkeitsleitfadens, welcher an den diesbezüglichen Pakt der UN anlehnt (Juist, 2014)
- Grundsatzformulierung zu geschäftsethischen Themen (Juist, 2014)
- Ausarbeitung eines Klimaschutz- und Energiekonzeptes in einer regionalen Kooperation (Juist, 2014 & 2015)
- Klimaneutralität wird für das Jahr 2030 anvisiert und durch Projekte mit Maßnahmenbündeln unterstützt (Juist, 2014 & 2015)
- Eigenes Tourismusleitbild soll Nachhaltigkeit des Wirtschaftsbereichs sicherstellen (Juist, 2014 & 2015)
- Stadteigenes Leitbild (Dornstadt, 2015)
- Beschluss eines integrierten Klimaschutzkonzeptes (Barnstorf, 2015)
- Masterplan zum Klimaschutz (Enkenbach-Alsenborn, 2016)
- Kommunales Entwicklungsprogramm wurde unter Beteiligung von BürgerInnen, Verbänden, Vereinen und Institutionen entwickelt und beinhaltet wirtschaftliche, umweltpolitische sowie soziale Ziele (Ascha, 2016)
- Klimaschutzkonzept mit dem Ziel der Energieautarkie bis zum Jahr 2020 (Ascha, 2016)
- Integriertes Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept mit dem Ziel der Klimaneutralität bis 2030 (Saerbeck, 2018)

- Konzept zur Stadtentwicklung geht auf eine Bürgerinitiative zurück und wurde unter Einbezug dieser sowie von Wirtschaft und Stadt weiterentwickelt (Eltville am Rhein, 2018)
- Umsetzung eines „Kitaentwicklungsplans“ (Eltville am Rhein, 2018)
- Gesamtstrategie zum Strukturwandel mit Maßnahmen für Infrastruktur, Wohnen und Betreuung (Nettersheim, 2018)
- Beschluss eines integrierten Klimaschutzkonzeptes (Nettersheim, 2018)
- „hat die Musterresolution ‚2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten‘ unterzeichnet“ (Eltville am Rhein, 2019)
- Erstellung eines Maßnahmenkatalogs zur nachhaltigen Stadtentwicklung (Bad Berleburg, 2019)
- Erarbeitung eines Klimaschutzkonzeptes (Bad Berleburg, 2019)

Sonstige:

- Interkommunaler Zusammenschluss zwecks Nachhaltigkeit in den Bereichen Energie, Gesundheit und Bildung (Alheim, 2012 & 2016)
- Entfernung der Grabstätte Rudolf Heß‘ sowie gemeinsame Schritte von Kommune und BürgerInnen, um Aufmärsche rechter Gruppierungen zu verhindern (Wunsiedel, 2012)
- Finanzielle Gewinne einer Fotovoltaik-Freifeldanlage werden genutzt, um den Schuldenstand der Gemeinde zu senken (Barnstorf, 2014 & 2015)
- Ausgeprägte interkommunale Vernetzung zwecks Energie- und Innenentwicklung (Furth, 2014)
- Lokale Initiative stärkt die Zusammenarbeit von BürgerInnen, kommunalen Vertretern, Bildungseinrichtungen, Kindergärten, Vereinen und wirtschaftlichen Akteuren (Dornstadt, 2015)
- Ehrenamtliches Engagement des Bürgermeisters für den Klimaschutz (Ascha, 2016)
- Persönliches Engagement des Bürgermeisters für die Erreichung der kommunalen Ziele (Alheim, 2016)
- Vielfältige Netzwerkaktivitäten zur Weitergabe von Wissens- und Erfahrungswerten (Saerbeck, 2018 & 2019)
- Interkommunale Kooperationen, um gemeinsame Projekte zu realisieren (Eltville am Rhein, 2018)
- Mitglied im Netzwerk „Global Nachhaltige Kommune“ (Eltville am Rhein, 2018)
- Beratungsangebot durch einen Präventionsrat (Eltville am Rhein, 2018)
- Engagement „für die Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele auf lokaler Ebene“ (Eltville am Rhein, 2019)
- Rationalisierung kommunaler Angebote und Entwicklung neuer Ansätze (Bad Berleburg, 2019)
- Live-Übertragung von Gottesdiensten in umliegende Stadtteile (Bad Berleburg, 2019)

3.3. Städte mittlerer Größe

Governance und Verwaltung:

- Partizipation der BürgerInnen bei städtischen Nachhaltigkeitstätigkeiten als zentrales Anliegen des kommunalen Handels (Tübingen, 2012)
- Taskforce sammelt innovative Ideen für Kosteneinsparungen im Gemeindeetat (Pirmasens, 2012 & 2013)
- Gemeinsam mit den BürgerInnen wurden elf Themengebiete erarbeitet, in denen sich die Stadt nachhaltig entwickeln will und um dieses Vorhaben dynamisch zu halten, sorgen ein „zyklisches Managementsystem“ sowie dreijährig-gehaltene Zukunftskonferenzen dafür, dass der Prozess ständig angepasst wird, transparent bleibt und mittels Indikatoren überwacht wird (Ludwigsburg, 2012 & 2014)
- Einrichtung eines Referendariats zu nachhaltiger Stadtentwicklung, welches „als Querschnittseinheit direkt dem Oberbürgermeister zugeordnet“ ist (Ludwigsburg, 2012 & 2014)
- Gemeinderat kontrolliert jedes Quartal die Erreichung der städtischen Leitbildziele (Lörrach, 2013)
- EinwohnerInnen werden frühzeitig über größere Vorhaben und Pläne informiert und in Entscheidungen hierzu eingebunden (Lörrach, 2013)
- „Stabstelle Klimaschutz“ überwacht und unterstützt die angestrebten Klimaziele (Lörrach, 2013)
- Kooperation mit dem Landkreis zur Erreichung des Ziels „100% erneuerbare Energien Region“ sowie Gewinnung weiterer Partner für andere Kooperationen (Lüneburg, 2014)
- „Klimaschutzleitstelle“ koordiniert regionale und lokale Vernetzung (Lüneburg, 2014)
- Entwicklung eines Nachhaltigkeitsmanagements, welches „einen vernetzten Rahmen für Nachhaltigkeitsprojekte“ bietet (Lüneburg, 2014)
- Das Nachhaltigkeitsreferendariat wurde um den Aspekt Wirtschaftsförderung erweitert (Ludwigsburg, 2014)
- „Bürgerdialog zur Stadtentwicklung“ gibt BürgerInnen die Möglichkeit, am Entwicklungsprozess teilzunehmen (Esslingen am Neckar, 2015)
- Ehrenamtliche Tätigkeiten werden durch einen eigenen Aktionstag bestärkt (Esslingen am Neckar, 2015)
- „Bürgerstiftung fördert Projekte zur sozialen Verantwortung und zur Solidarität“ (Esslingen am Neckar, 2015)
- Stiftung eines Preises für „politischen Mut und Aufrichtigkeit“ (Esslingen am Neckar, 2015)
- Einführung einer „Stabstelle Klimaschutz“ mit einer eigenen Klimaschutzmanagerin, eigenem Monitoring der Klimaschutzmaßnahmen und Beratung durch einen Klimabeirat, als Teil der Stadtverwaltung (Esslingen am Neckar, 2015)
- Ein Energieeffizienzmanager überwacht Maßnahmen auf Grundlage des energie- und klimapolitischen Leitbildes (Delitzsch, 2015)

- Indirekte und direkte Partizipation werden durch Information, Networking, Anerkennung, konzeptionelle Mitarbeit sowie spezielle Projekte wie z.B. Foren und Planungswerkstätten gezielt bestärkt (Kempten im Allgäu, 2015)
- Ein Klimabeirat hilft bei der Umsetzung des integrierten Klimaschutzkonzeptes (Kempten im Allgäu, 2015)
- Büro des Oberbürgermeisters leitet Aktivitäten im Rahmen der Gesamtstrategie zur Nachhaltigkeit (Wernigerode, 2016)
- Bürgernähe wird durch das Projekt „Bürgermeister frei Haus“ gefördert (Geestland, 2016 & 2018)
- Junge BürgerInnen werden durch Social Media stärker am Stadtgeschehen beteiligt (Geestland, 2016)
- Zertifiziertes Energie- und Klimamanagement als Teil der Stadtverwaltung (Geestland, 2016)
- Klassische, digitale und/oder kreative Beteiligungsformate fördern die Identifikation (Herten, 2018)
- Bürgerstiftung bestärkt ehrenamtliches Engagement (Herten, 2018)
- Ressortübergreifende Kooperationen in der Kommunalverwaltung (Herten, 2018)
- Ausschussmitglieder bilden unter Vorsitz des Bürgermeisters einen Klimarat (Herten, 2018)
- „Jugend-Umweltmanagerin“ vertritt in der Kommunalverwaltung und in Entscheidungsprozessen die Ansichten der jungen BürgerInnen zum Thema Klimaschutz (Geestland, 2018)
- Der TÜV zertifizierte den Bürgermeister zum Nachhaltigkeitsmanager (Geestland, 2018)
- Ernennung von Verantwortlichen zum Thema Nachhaltigkeit in den unterschiedlichen Bereichen der Kommunalverwaltung mitsamt Untermauerung per Beschluss (Geestland, 2018)
- Durchsetzung der Gleichberechtigung (50:50) in der Gemeindeverwaltung (Geestland, 2018)
- Audit zum Thema „Beruf und Familie“ spiegelt die Familienpolitik innerhalb der Verwaltung wieder (Geestland, 2018)
- Ausbau des Partizipationsansatzes durch die Einrichtung eines in der Verwaltung verorteten Beschwerdemanagements, im Rahmen dessen zertifizierte Bürgerbeauftragte Anregungen und Kritik seitens der Zivilgesellschaft bereichsübergreifend und unbürokratisch nachgehen (St. Ingbert, 2019)
- Einrichtung einer zentralen Anlauf-/Annahmestelle für Vereine, um z.B. bei Ratsentscheidungen verschiedene Perspektiven abbilden zu können (St. Ingbert, 2019)
- Einführung eines umfassenden und ressortübergreifenden Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzeptes mit eigenem Klimaschutzmanagement als Schnitt- und Koordinationsstelle für zahlreiche Maßnahmen auf Verwaltungs-, Unternehmens- und zivilgesellschaftlicher Ebene (Buxtehude, 2019)
- Einbeziehung der BürgerInnen in Entscheidungen, u.a. bei innerstädtischen Umgestaltungsvorhaben und Umstrukturierungsprozessen (Eschweiler, 2019)
- Überparteiliche Unterstützung für die Steuerungsgruppe Nachhaltigkeit (Eschweiler, 2019)

Klima und Ressourcen:

- Liegenschaften werden im Sinne des Klimaschutzes saniert (Tübingen, 2012)
- Stromversorgung öffentlicher Gebäude mit Ökostrom (Tübingen, 2012)
- Dienstfahrzeug des Bürgermeisters wurde durch ein Fahrrad substituiert (Tübingen, 2012)
- Zielgruppenorientierte Klimaschutzkampagne soll BürgerInnen zu klimafreundlicherem Verhalten motivieren (Tübingen, 2012)
- Reduktion der CO₂-Emissionen trotz wachsender Arbeitsplatz- und Einwohnerzahlen (Tübingen, 2012)
- Verwirklichung umfassender Maßnahmen in den Bereichen Energie- und Siedlungsentwicklung (Tübingen, 2012)
- Kommunale Abwasserwiederaufbereitung wurde energetisch optimiert (Primasens, 2012 & 2013)
- „Biomasse- und Energieversorgungsplan stellt die Ökonomie und die Energieversorgung der Stadt auf neue Beine“ (Primasens, 2012 & 2013)
- Zusammen mit BürgerInnen und lokaler Wirtschaft konnten Erfolge bei der Erreichung des Klimaschutzziels erzielt werden (Neumarkt, 2012)
- Energetische Sanierung von stadteigenen Gebäuden und Wohnhäusern (Wernigerode, 2013)
- 6.000 stadt-, bzw. genossenschaftseigene Wohnungen werden mit Fernwärme versorgt (Wernigerode, 2013)
- Eine Fernwärmesatzung regelt den Anschluss von Wohnhäusern an das Wärmenetz (Wernigerode, 2013)
- Öko-Stromtarif bietet EinwohnerInnen aus Wasserkraft erzeugten Strom (Wernigerode, 2013)
- Im Rahmen des „Bündnis der Kommunen für biologische Vielfalt“ setzt sich die Stadt für die Renaturierung von Bächen sowie Flüssen ein und konnte durch Rückbau und Fischaufstiege lokale Fischbestände erhalten und fördern (Wernigerode, 2013)
- 50% des Gesamtenergieverbrauchs von städtischen Gebäuden wird aus erneuerbaren Energien bedient (Lörrach, 2013)
- Nachhaltige Ansätze in Energie- und Klimafragen sowie Unterstützung aus der Bevölkerung konnten den CO₂-Ausstoß seit 1990 um 60% reduzieren (Delitzsch, 2014 & 2015)
- Auf dem Gebiet der Kommune wird mehr Strom aus regenerativen Quellen erzeugt, als verbraucht wird (Delitzsch, 2014, 2015 & 2016)
- Maßnahmen zur Energieeffizienz bringen städtischen Gebäuden Energieeinsparungen bis zu 30% (Delitzsch, 2014, 2015 & 2016)
- Am Neckarufer wurden 17 Hektar zu einer Auenlandschaft renaturiert (Ludwigsburg, 2014)
- Im Hof des Rathauses wurden 140 Quadratmeter Vegetationsfläche geschaffen (Ludwigsburg, 2014)
- Einrichtung einer „natürlichen Klimaanlage“, durch Schaffung von „innovativen Klimakomfortzonen“ (Ludwigsburg, 2014)
- CO₂-Emissionen konnten seit 2007 um 13,5% gesenkt werden (Esslingen am Neckar, 2015)

- Energiezentrum unterstützt StadtbewohnerInnen bei der Reduzierung ihres Energieverbrauchs (Esslingen am Neckar, 2015)
- Mitbegründung eines Netzwerks zum Erhalt der biologischen Vielfalt (Esslingen am Neckar, 2015)
- Flora und Fauna wird ungeachtet dichter Besiedlung ausreichend Platz geboten (Esslingen am Neckar, 2015)
- Städtische Neuanschaffungen werden unter Berücksichtigung klimatischer und energetischer Richtlinien getätigt (Kempten im Allgäu, 2015)
- Der lokale CO₂-Ausstoß konnte innerhalb von 14 Jahren (bis 2014) um 60% gesenkt werden (Kempten im Allgäu, 2015)
- Energetische Sanierung von Gebäuden auf kommunalem Gebiet (Wernigerode, 2016)
- Kostenlose Energieberatung (Wernigerode, 2016)
- Bei Gebäudesanierungen wird auf energetische Sanierung geachtet (Wernigerode, 2016)
- LED-Straßenbeleuchtung im gesamten Stadtgebiet bringt 70% Energieersparnis (Geestland, 2016 & 2018)
- 2019 wird die gesamte Straßenbeleuchtung mit einer Steuerungselektronik ausgestattet, um den Energieverbrauch um 15% zu senken (Geestland, 2016 & 2018)
- Lage im UNESCO-Biosphärenreservat (St. Ingbert, 2018 & 2019)
- Anlässlich des Jahres der Biene werden Rasen- in Blumenflächen umgewandelt, EinwohnerInnen und Unternehmen zur Teilnahme motiviert, Blumenwaben mittels Sponsoring finanziert und der bienenfreundlichste Garten prämiert (St. Ingbert, 2018)
- Anschluss kommunaler Gebäude an das Nahwärmenetz eines Biomasseheizwerks, in welchem beispielsweise der gesamte Grünschnitt der Stadt verheizt wird (St. Ingbert, 2018 & 2019)
- Neu errichtete Gebäude müssen dem Passivhausstandard entsprechen (St. Ingbert, 2018)
- Ausbau eines hydraulischen und intelligent-vernetzten Abwassersystems (St. Ingbert, 2018)
- CO₂-Ausstoß konnte zwischen 1990 und 2015 um 27% gesenkt werden (Herten, 2018)
- Renaturierung einer ehemaligen Zechenanlage (Herten, 2018)
- Vernetzung städtischer Grünflächen inklusive der „Kunstachse Schlosspark/Landschaftspark“ (Herten, 2018)
- Ausrichtung eines Wettbewerbs zur Auszeichnung klimafreundlicher Gärten (Herten, 2018)
- Eine Spülwasserwiederaufbereitungsanlage konnte im lokalen Schwimmbad 12.300 m³ Abwasser und 42.000 kWh Strom pro Jahr sparen (Geestland, 2018)
- Wärmerückgewinnungsanlage der Stadthalle senkt CO₂-Emissionen und Energiekosten (St. Ingbert, 2019)
- „Bei der Erschließung neuer Wohngebiete werden keine fossilen Energieträger mehr zugelassen“ (St. Ingbert, 2019)
- Durchführung „niedrigschwelliger“ Sensibilisierungskampagnen (Nein zur Plastiktüte, gemeinschaftliche Müllsammelaktionen, städtische Förderung von wiederverwendbaren Coffee-to-go-Bechern) (Buxtehude, 2019)
- Ausschreibung von Klimaschutzwettbewerben, bei denen BürgerInnen, Vereine und Unternehmen ihre Projekte zwecks Nachahmung vorstellen (Buxtehude, 2019)

- Konsequente energetische Sanierung städtischer Gebäude und vollständige Versorgung dieser durch erneuerbare Energien aus Windkraft und Photovoltaik (Eschweiler, 2019)
- Bis fünfzig-prozentige Einsparungen von nicht nachwachsenden Rohstoffen und Primärenergien durch ressourcenschonenden Einsatz nachwachsender Rohstoffe oder Recycling-Betons in Neubaugebieten (Eschweiler, 2019)

Mobilität und Infrastruktur:

- Kooperationsmodelle oder eigene Investitionen finanzieren Energieeffizienzmaßnahmen im Bereich der öffentlichen Infrastruktur (Tübingen, 2012)
- Regelmäßige Abgaben von GrundstückseignerInnen schaffen eine sichere Basis für die Finanzierung von infrastrukturellen Unterhaltsarbeiten (Pirmasens, 2012 & 2013)
- Experimente mit verschiedenen Recyclingbaustoffen helfen Fahrradwege kostengünstig in Anschaffung und Unterhalt sowie umweltfreundlich auszubauen (Pirmasens, 2012)
- „Modellkommune für Elektromobilität“ (Ludwigsburg, 2012 & 2014)
- Etablierung eines Fahrradparkhauses (Ludwigsburg, 2012)
- Alle Busse des ÖPNV werden mit Erdgas betrieben und die Busverbindungen intensiviert (Wernigerode, 2013)
- Touristen können alle Buslinien der Stadt umsonst nutzen, was für weniger Verkehrsaufkommen sorgt und zusätzlich einige Buslinien neu belebt (Wernigerode, 2013)
- Dynamisches Verkehrskonzept, welches mit rechtlichem und technischem Fortschritt mithält und dabei alle Verkehrsmittel und Altersklassen berücksichtigt (Lörrach, 2013)
- Anteil des Fahrradverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen konnte auf über 25% gesteigert werden (Lüneburg, 2014)
- Lokales Fahrradleihsystem wurde erweitert (Lüneburg, 2014)
- 20 % des Verkehrsaufkommens entfällt auf Fahrräder (Delitzsch, 2014)
- Anbindung an überregionale Fahrradwege dient dem nachhaltigen Tourismus (Delitzsch, 2014 & 2015)
- Mitbegründung einer Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Radverkehrs (Esslingen am Neckar, 2015)
- Vielfältiges ÖPNV Angebot (Wernigerode, 2016)
- Touristen können kostenlos auf den städtischen Busverkehr zugreifen (Wernigerode, 2016)
- Fahrradinfrastruktur soll ausgebaut werden (Wernigerode, 2016)
- Infrastruktur für Elektromobilität soll ausgebaut werden (Wernigerode, 2016)
- Integration in den Verkehrsverbund Bremen-Niedersachsen konnte die Fahrpreise für den ÖPNV um 40% senken (Geestland, 2016)
- Die Stadtverwaltung kann auf ein E-Dienstfahrzeug zurückgreifen (Geestland, 2016)
- Ladeinfrastrukturen für Elektroautos wurden geschaffen (Geestland, 2016)
- Rotationssystem garantiert allen Ortsteilen dreißig-minütig eine Busverbindung (St. Ingbert, 2018 & 2019)
- Minimierung der Distanzen zwischen Wohnung und Haltestellen (max. 200 Meter) (St. Ingbert, 2018 & 2019)

- „Mobilitätshelfer“ helfen eingeschränkten Menschen sich im ÖPNV zurechtzufinden und assistieren bei Nachtfahrten (St. Ingbert, 2018)
- „landesweit einzigartige Dichte an E-Ladesäulen“ (St. Ingbert, 2018 & 2019)
- „betriebliches Mobilitätsmanagement im Industriegebiet“ (St. Ingbert, 2018)
- Landesweit einzigartige Dichte an E-Fahrzeugen (St. Ingbert, 2019)
- „Tag der Elektromobilität“ thematisiert in Zusammenarbeit mit der lokalen Wirtschaft Elektromobilität, u.a. in Schulen (St. Ingbert, 2019)
- Einbindung der BürgerInnen bei der Erstellung eines Verkehrsentwicklungskonzeptes über Geotagging (Buxtehude, 2019)
- Reduktion des motorisierten Individualverkehrs durch Ausbau von Carsharing-Angeboten und Radabstellboxen (Buxtehude, 2019)
- Teilnahme an der Kampagne „STADTRADELN“ mit mehr als 100.000 gefahrenen Kilometern (Buxtehude, 2019)

Wirtschaft und Arbeit:

- Tragende Rolle bei der Schaffung eines Schuldentilgungsfonds für rheinland-pfälzische Kommunen (Pirmasens, 2012 & 2013)
- Existierende Einrichtungen und ein Projekt zur Arbeitnehmerqualifizierung passen Arbeitskräfte sowie die regionale Wirtschaft an veränderte wirtschaftliche Bedingungen an (Pirmasens, 2012)
- Fordert als Fairtrade-Stadt BürgerInnen und lokale Einrichtungen dazu auf, Fairtrade-Produkte zu konsumieren und klärt über fairen Handel auf (Neumarkt, 2012)
- Neuausrichtung der lokalen Wirtschaft konnte Arbeitsplätze sichern und neue hinzugewinnen (Wernigerode, 2013)
- Lokaler Einzelhandel kriegt Handlungsempfehlungen auf Basis von Kaufkraft- und Geschäftsflächenanalysen (Wernigerode, 2013)
- PPPs verleihen ehemaligen Textilproduktionseinrichtungen neues Leben und siedeln soziale, kulturelle sowie wirtschaftliche Initiativen an (Lörrach, 2013)
- Kreativwirtschaft wird als Wirtschaftsfaktor durch ein Netzwerk gefördert und kreative Projekte weisen auf strukturelle und wirtschaftliche Chancen sowie Probleme der Stadt hin (Pirmasens, 2013)
- Lokaler Verein verantwortet Umweltmesse sowie „Umweltfilmtage“ und rückt Nachhaltigkeit ins Zentrum (Lüneburg, 2014)
- Lehrpfad für erneuerbare Energien fördert nachhaltigen Tourismus (Delitzsch, 2014 & 2015)
- Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit und der Bundeswehr zwecks Schaffung eines Personalnetzwerkes, welches „ausscheidende Soldaten und Soldatinnen sowie deren Ehepartner in den regionalen Arbeitsmarkt vermittelt“ (Delitzsch, 2014 & 2015)
- Existenzgründerquote höher als der baden-württembergische Durchschnitt (Ludwigsburg, 2014)
- Regelmäßige Abhaltung eines Forums für soziale Verantwortung von Firmen (Ludwigsburg, 2014)

- Durchführung eines Wirtschaftstages mit den thematischen Schwerpunkten Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz (Delitzsch, 2015)
- Kooperation mit lokalen Unternehmen (Kempten im Allgäu, 2015)
- Einzelhandel wird durch ein Konzept gezielt gestärkt (Kempten im Allgäu, 2015)
- Unternehmensgründungen werden gefördert (Kempten im Allgäu, 2015)
- Nachhaltiger Tourismus als wirtschaftlicher Faktor (Wernigerode, 2016)
- Kampagne zur Stärkung lokaler Geschäfte (Geestland, 2016)
- Durchführung einer Wirtschaftsmesse mit den Schwerpunkten Klima und Ressourcen (Geestland, 2016)
- Fairtrade-Stadt (Geestland, 2016)
- Standort für Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie (Herten, 2018)
- Technologie zur Gewinnung von „grünen Wasserstoff“ (Herten, 2018)
- Ansiedlung von nachhaltigen Energieunternehmen und Institutionen, auf einem ehemaligen Zechengelände (Herten, 2018)
- Einrichtung eines Anwendungszentrums für Forschung zu Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie sowie Forschung zu Batterie- und Steuerungselektronik (Herten, 2018)
- Kooperation mit einem lokalen Recyclingunternehmen im Rahmen eines Upcyclingprojektes (St. Ingbert 2019)
- Förderung der lokalen Wirtschaft durch eine Alternativ-Währung, welche z.B. junge Eltern als Startunterstützung erhalten (St. Ingbert, 2019)
- Einrichtung eines Online-Shops, in dem lokale Unternehmen ihre Produkte anbieten können (St. Ingbert, 2019)
- Fairtrade-Stadt (St. Ingbert, 2019)
- Kooperationen zwischen lokalem Wirtschaftsforum und Hochschule sowie Austausch mit nahegelegenen Facharbeitsgruppen unterstützen unternehmerischen Austausch (Buxtehude, 2019)
- Anpassung der Kinderbetreuungsangebote an Schichtarbeitszeiten (Eschweiler, 2019)
- Fairtrade-Stadt (Eschweiler, 2019)

Bildung und Integration:

- Förderung von ehrenamtlichem Engagement, Globalem Lernen und Bildungsangeboten zum kommunalen Klimaschutz (Neumarkt, 2012)
- Finanzielle Förderung lokaler Initiativen im Bereich der Bildung zur Nachhaltigkeit (Neumarkt, 2012)
- Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen richten sich nach den Arbeitszeiten derjenigen Berufsgruppen, welche unentbehrlich sind, z.B. Ärzte oder Lehrer (Wernigerode, 2013 & 2016)
- Zertifizierte Küche bietet Kindern in Kitas gesunde Gerichte aus regionalem Anbau (Wernigerode, 2013)
- Initiierung einer Vielzahl von Bildungs- und Integrationsprojekten (Lörrach, 2013)
- Plattform für das Thema Migration bietet Raum für Vernetzung von Akteuren und stößt neue Projekte an (Lörrach, 2013)

- Benachteiligte Kinder und Jugendliche werden durch Projekte des städtischen „Pakt für Pirmasens“ gefördert (Pirmasens, 2013)
- Universität der Stadt forscht mit dem Schwerpunkt „Nachhaltige Kommunalverwaltungen in Deutschland“ und orientiert sich dabei u.a. an den Bedürfnissen der Stadt (Lüneburg, 2014)
- Umweltbildungszentrum schärft mit jährlich 700 Veranstaltungen das Umweltbewusstsein (Lüneburg, 2014)
- Mehr Personal, als gesetzlich vorgesehen ist, sorgt für ein gutes Integrationsklima (Lüneburg, 2014)
- Breit angelegtes Bildungsangebot (Delitzsch, 2014 & 2015)
- Städtischer Integrationsbeauftragter sowie ein Patenprogramm in den Schulen erleichtern die Integration geflüchteter Familien (Delitzsch, 2014 & 2015)
- Musikalische Bildung wird allen Kindern im Gemeindegebiet angeboten (Ludwigsburg, 2014)
- Programm zur Förderung von Sprachen in kommunalen Bildungseinrichtungen (Ludwigsburg, 2014)
- Gezielte Verquickung einzelner kommunalpolitischer Handlungsfelder zwecks Stärkung der Sozialstruktur, Integration und Bildungsarbeit (Ludwigsburg, 2014)
- Dezentrale Unterkünfte für MigrantInnen erleichtern die Integration und bauen gleichzeitig Vorurteile ab (Esslingen am Neckar, 2015)
- Förderung einer „Landesinitiative zu gesunden Lebensstilen und Lebensräumen“ (Esslingen am Neckar, 2015)
- Bereitstellung von „arbeitsmarktorientierte Bildungsmaßnahmen“ für einen großen Teil der Bevölkerung (Kempten im Allgäu, 2015)
- Erwerbslose werden zu „Stromsparhelfern“ für einkommensschwache Haushalte weitergebildet (Kempten im Allgäu)
- „Flüchtlingsfirma“ bietet Asylsuchenden Arbeit u.a. in Flüchtlingsunterkünften (Geestland, 2016 & 2018)
- Sprachkurse für Flüchtlinge helfen bei der Integration (Geestland, 2016 & 2018)
- Teilnahme an einer bundesweiten Initiative zum Thema Migration (Delitzsch, 2016)
- BürgerInnen werden „über die aktuellen Aktivitäten im Bereich der Integration und des interkulturellen Zusammenlebens“ informiert (Delitzsch, 2016)
- Hilfestellungen für Asylsuchende durch einen Integrationsbeauftragten (Delitzsch, 2016)
- Teilnahme am nordsächsischen Integrationstag (Delitzsch, 2016)
- Engagement des Oberbürgermeisters, welcher in Kooperation mit dem Landkreis alle Aktivitäten der Flüchtlingsarbeit abstimmt (Delitzsch, 2016)
- Im lokalen Bahnhof wird BesucherInnen das umliegende UNESO-Biosphärenreservat mittels Ausstellungen vorgestellt (St. Ingbert, 2018)
- Gemeinschaftsgarten sensibilisiert Kinder für regionalen Anbau (St. Ingbert, 2018)
- Projekt „Weltverbesserer gesucht“ fördert BNE (St. Ingbert, 2018)
- Schülergenossenschaft „innogrün“ fördert BNE (St. Ingbert, 2018)
- Breites Angebot zu Bildung für nachhaltige Entwicklung durch die Biosphären-VHS (St. Ingbert, 2018 & 2019)
- Umfunktionierung eines Industriedenkmal zu einem MINT-Campus (St. Ingbert, 2018)

- Schaffung einer Stabstelle für Integration sowie die Zusammenarbeit mit karitativen Institutionen fördern die Willkommenskultur (St. Ingbert, 2018)
- Ein Bildungsprojekt konnte im südlichen Stadtteil die Übergangsquote von der Grundschule zum Gymnasium um 30% erhöhen (Herten, 2018)
- Mittels App können BesucherInnen auf einem speziellen Weg mehr über nachhaltig orientierte Handlungsfelder der Stadt erfahren (Herten, 2018)
- Kindern wird in „Meiden-Kitas“ Medienkompetenz vermittelt (Herten, 2018)
- Eine starke Bürgerschaft, Leerstandskonzepte, welche AsylantInnen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt geben sowie eine gute Unterbringungsstrategie lassen Integration gelingen (Herten, 2018)
- Einbeziehung von Schulen und Kindertagesstätten in Naturschutz-, Klima- und Nachhaltigkeitsprojekte, um eine frühkindliche Sensibilisierung zu erreichen (Buxtehude, 2019)
- Einrichtung einer Integrationskoordinationsstelle, die interkulturelle Freizeit- und Integrationsmaßnahmen plant und umsetzt, um so die Willkommenskultur zu bestärken (Buxtehude, 2019)
- Planung und Durchführung von internationalen Sommerakademien zwecks Weiterbildung, Wissenstransfer und Austausch (Eschweiler, 2019)
- Integration minderjähriger Flüchtlinge gelingt mittels Registrierung durch die Bundespolizei, einem Integrationsrat und dem lokalen Vereinsleben (Eschweiler, 2019)
- Am renaturierten Blausteinsee gelegenes Informationszentrum, welches in Zusammenarbeit mit der Stiftung Rheinische Kulturlandschaft betrieben wird, bietet nachhaltige Bildung (Eschweiler, 2019)
- Von der Stadt geförderter Verein vermittelt spielerisch nachhaltige Bildung (Eschweiler, 2019)

Lebensqualität und Stadtstruktur:

- Nachhaltige Quartierentwicklung wird durch ein neues Quartier erprobt (Tübingen, 2012)
- Barrierefreiheit wird im Sinne der Barcelona-Erklärung berücksichtigt (Tübingen, 2012)
- Entwicklung nachhaltiger Quartiere unter Mitwirkung der BürgerInnen (Ludwigsburg, 2012)
- „Bündnis für Familie“ stellt Angebote für Familien zur Verfügung und koordiniert mit VertreterInnen aus unterschiedlichen Bereichen die Familienpolitik der Kommune (Neumarkt, 2012)
- Lebensqualität wird durch Grünflächen und Naherholungsgebiete gesteigert (Delitzsch, 2014 & 2015)
- Aktives Vereinsleben steigert die Lebensqualität (Delitzsch, 2014 & 2015)
- Familienfreundliches Klima wird durch Sport- und Spielmöglichkeiten gefördert (Wernigerode, 2016)
- Barrierefreiheit in großen Teilen der Stadt (Wernigerode, 2016)
- bedarfsorientierter Innenstadtausbau stärkt den Einzelhandel und setzt die „Stadt der kurzen Wege“ um, was Transportbedarf und Fahrzeugaufkommen reduziert (Delitzsch, 2016)
- Flächenausweisung für familienfreundliches Bauen (St. Ingbert, 2018)
- Möglichkeiten für altersgerechtes Wohnen werden geschaffen (St. Ingbert, 2018)

Preise und Auszeichnungen:

- Dreimalige Auszeichnung im Zusammenhang mit der UN-Dekade für Bildung zu nachhaltiger Entwicklung (Neumarkt, 2012)
- Auszeichnung mit dem Schweizer Label Energiestadt (Lörrach, 2013)
- Auszeichnung mit dem European Energy Award (Lörrach, 2013)
- Gewinn des Wettbewerbs „Energieeffiziente Stadt“ (Delitzsch, 2014, 2015 & 2016)
- Auszeichnung mit dem European Energy Award Gold (Delitzsch, 2014, 2015 & 2016)
- Auszeichnung als „Familienfreundliche Kommune“ (St. Ingbert, 2018)

(Master-)Pläne, Konzepte, Leitbilder oder Ziele:

- Leitbild der Stadt wurde in einem partizipativen Prozess erstellt und wird in allen Gemeinderatsentscheidungen berücksichtigt (Tübingen, 2012)
- CO₂-Emissionen sollen bis 2020 auf drei Tonnen pro Jahr und Einwohner beschränkt werden (Tübingen, 2012)
- „Altstadtsatzung“ und Bebauungsplan zur Erhaltung einer belebten Altstadt (Tübingen, 2012)
- Gemeinsam mit der Stuttgarter Universität und den BürgerInnen wurde ein „Gesamtenergiekonzept für die Stadt entwickelt, welches Maßnahmen, Reduktionsziele und Handlungsempfehlungen enthält.“ (Ludwigsburg, 2012)
- Leitbild der Stadt sowie dazugehörige Projekte wurden unter Einbezug von BürgerInnen, Verwaltung und Politik entwickelt, bereits zu 80% umgesetzt und um 212 Projekte bis zum Jahr 2016 ergänzt (Neumarkt, 2012)
- Bis 2050 soll der CO₂-Ausstoß um 95% und der Energieverbrauch um 50% reduziert werden (Neumarkt, 2012)
- Mitgliedschaft im Klimabündnis (Wernigerode, 2013 & 2016)
- Ständige Weiterentwicklung des städtischen Leitbildes unter Partizipation der BürgerInnen (Lörrach, 2013)
- Angestrebte Klimaneutralität bis 2050 durch Senkung des CO₂-Ausstoßes um 3,5% pro Jahr (Lörrach, 2013)
- Unter Bürgerbeteiligung erstelltes Leitbild (Delitzsch, 2014)
- Entwicklungsstrategie, welche mit dem Gemeindehaushalt verknüpft ist, wurde gemeinsam mit BürgerInnen erstellt (Esslingen am Neckar, 2015)
- Erstellung eines Integrationsplans (Esslingen am Neckar, 2015)
- Ziel den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 75% zu reduzieren (Delitzsch, 2015)
- Kommunales Leitbild deckt das Thema Nachhaltigkeit mit den fünf Unterthemen Klima, Bildung, Wirtschaft, Haushalt und Demografie ab und wurde unter Beteiligung von Wirtschaft und BürgerInnen erstellt (Kempten im Allgäu, 2015)
- Integriertes Klimaschutzkonzept als Teil der kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie (Kempten im Allgäu, 2015)
- Gesamtstrategie zur nachhaltigen Entwicklung fasst unter Einbezug von Politik, Verwaltung und Bevölkerung existierende Projekte und Initiativen zusammen (Wernigerode, 2016)

- Integriertes Klimaschutzkonzept wurde unter Beteiligung von BürgerInnen und anderen Akteuren entwickelt (Wernigerode, 2016)
- Ausarbeitung eines Leitbildes in Kooperation mit der Universität Leipzig (Delitzsch, 2016)
- Integriertes Verkehrskonzept (Delitzsch, 2016)
- Masterplan zum Klimaschutz (St. Ingbert, 2018 & 2019)
- Selbstverpflichtung zu nachhaltigem Handeln, u.a. durch Beschluss der SDG-Musterresolution (Herten, 2018)
- Ziel der Klimaneutralität bis 2050 mitsamt einer Definition von sechs Handlungsfeldern (Herten, 2018)
- In Zusammenarbeit mit BürgerInnen entwickeltes Klimaschutzkonzept (Herten, 2018)
- „Entsprechungserklärung des Deutschen Nachhaltigkeitskodex“ wurde in einem flächenübergreifenden Prozess mit dem Ziel erarbeitet, die eigenen Nachhaltigkeitsleistungen zu systematisieren und zu evaluieren (Geestland, 2018)
- Bündelung der zahlreichen Initiativen in Politik, Verwaltung, lokaler Wirtschaft und Zivilgesellschaft auf Verwaltungsebene, um eine gemeinsame Nachhaltigkeitsstrategie zu entwickeln (St. Ingbert, 2019)
- Innovationsstrategie fokussiert sich auf Digitalisierung und sich verändernde wirtschaftliche Strukturen (Buxtehude, 2019)

Sonstige:

- Lokaler Fluss wird unter Berücksichtigung verschiedener Interessen und Ziele in Kooperation mit der Bevölkerung aufgewertet (Lörrach, 2013)
- Förderung von nachhaltigen Kooperationen lokaler Akteure (Lüneburg, 2014)
- -kommunale Schuldenlast konnte innerhalb von zwölf Jahren um 76% gesenkt werden (Kempten im Allgäu, 2015)
- Netzwerkaktivitäten und Kooperationen fördern nachhaltige Bemühungen (Kempten im Allgäu, 2015)
- „Plastiktütenfreie Tage“ in Kooperation mit dem BUND (Geestland, 2016)
- „Spilleitplanung“ beteiligt Kinder an der Stadtentwicklung (Geestland, 2016)
- Internationale Klimapartnerschaft mit Lesotho, um die Anpassung an den Klimawandel und die Sensibilisierung der Menschen für eben diesen voranzubringen (Geestland, 2016 & 2018)
- Ausbau von internationalen Städtepartnerschaften (St. Ingbert, 2019)
- Überreichung einer fair gefüllten Schultüte an alle Erstklässler (St. Ingbert, 2019)
- Teilnahme an regionalen, nationalen und internationalen Netzwerken (Eschweiler, 2019)
- Teilnahme am Projekt „Global Nachhaltige Kommune NRW“ (Eschweiler, 2019)
- Projektpartnerschaft mit einer brasilianischen Stadt (Eschweiler, 2019)
- Sicherung des sozialen Friedens durch Schaffung von Arbeitsplätzen für alle Qualifizierungsstufen, bezahlbaren Wohnraum und Bildung für nachhaltige Entwicklung bei gleichzeitiger Stabilisierung der Ökosysteme (Eschweiler, 2019)
- Trotz angespannter Finanzlage wird in Bildungseinrichtungen und in städtische Gebäude investiert (Eschweiler, 2019)

3.4. Großstädte

Governance und Verwaltung:

- Etablierung einer Abteilung Klimaschutz in der städtischen Verwaltung und deren Ausweitung auf umliegende Landkreise, durch Einrichtung einer regionalen Energieagentur (Augsburg, 2012 & 201)
- Management der Nachhaltigkeitsaktivitäten zeichnet sich u.a. durch transparente und umfassende Berichte aus (Augsburg, 2012 & 2013)
- Vorankommen der lokalen Nachhaltigkeitsbemühungen wird durch ein Nachhaltigkeitsmonitoring gemessen (Augsburg, 2012 & 2013)
- Unterschiedliche Formen der Mitarbeit von BürgerInnen, Institutionen, Verwaltung und Vereinen in verschiedenen Projekten werden durch eine eigene Plattform gefördert und koordiniert (Augsburg, 2012 & 2013)
- Eigens entwickeltes Zielsystem dient der Nachhaltigkeitsorientierung (Freiburg, 2012)
- „Etablierung einer Stabstelle Nachhaltigkeitsmanagement beim Oberbürgermeister“ (Freiburg, 2012)
- Einmalige Beiratsstruktur sichert die Nachhaltigkeitsorientierung ab (Freiburg, 2012)
- Innovative Methode wird Finanzen und Nachhaltigkeitsziele in einem neuen Haushaltsrecht verbinden (Freiburg, 2012)
- Einführung eines Beteiligungshaushaltes (Freiburg, 2012)
- Weiterbildungsmaßnahmen im Bereich umwelt- und sozialgerechter Beschaffung für städtische MitarbeiterInnen und andere Personen (Mainz, 2013)
- Realisierung einer Arbeitsstelle zum Thema klimafreundliche Stadtentwicklung (Mainz, 2013)
- Transparente Informationspolitik beim Thema klimafreundliche Stadtentwicklung via Internet (Mainz, 2013)
- Entwicklung eines Konzepts zur Förderung von Jugendpartizipation (Mainz, 2013)
- „Implementierung des Geschäftsbereichs ‚Zivilgesellschaft und Bürgerinteressen‘ im Amt des Oberbürgermeisters“ (Dortmund, 2013 & 2014)
- Fortschritte im Bereich Nachhaltigkeit werden von der Verwaltung mittels Nachhaltigkeits-Monitoring überwacht und wiederkehrend durch „Nachhaltigkeitsberichte“ transparent gemacht (Nürnberg, 2014 & 2015)
- „Mobile Bürgerversammlung“ dient dem Bürgerdialog vor Ort (Nürnberg, 2014 & 2015)
- „grundsätzlich nachhaltiges und ressortübergreifendes (nicht nur) städtisches Handeln“ im Rahmen der „BioMetropole“ (Nürnberg, 2014, 2015 & 2016)
- Erarbeitung und Umsetzung eines Klimaschutzpaktes durch einen Lenkungskreis „Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung“ (Nürnberg, 2014)
- Das „Mobile Kinderbüro“ informiert Kinder über aktuelle Themen der Stadtentwicklung (Karlsruhe, 2014 & 2015)
- Kommunale Klimaschutzmanagerin leitet die Umsetzung des städtischen Klimaschutzplans (Recklinghausen, 2015)
- Bürgerbeteiligung ist im Handeln der Stadt fest integriert (Karlsruhe, 2015)

- Nachhaltigkeitsbüro koordiniert lokale Nachhaltigkeitsaktivitäten und setzt auf regelmäßige, ressortübergreifende Beratung (Hannover, 2016 & 2018)
- Ressortübergreifendes Forum zur Stadtentwicklung koordiniert die Flächenpolitik (Nürnberg, 2016)
- Bezirksforen, Kreativwerkstätten und FabLabs fördern die Partizipation und binden BürgerInnen in kommunale Entscheidungsprozesse ein (Gelsenkirchen, 2018)
- Jugendrat fördert Projekte und das Politikverständnis bei Jugendlichen (Gelsenkirchen, 2018)
- Mobilitätsbeauftragter begleitet den nachhaltigen Transformationsprozess in der Mobilität (Gelsenkirchen, 2018)
- Dienstfahrten der Beschäftigten der Stadtverwaltung sollen zunehmend elektromobil gestaltet werden (Aachen, 2018)
- Lokale Wirtschaft und BürgerInnen werden durch verschiedene Beteiligungsverfahren und Beteiligungsangebote in kommunale Entscheidungsprozesse eingebunden (Aachen, 2018)
- Geplante Einführung einer Unterabteilung „Partizipation“ (Aachen, 2018)
- Einbindung der EinwohnerInnen wird durch neue Arten der Partizipation gefördert (Hannover, 2018)
- Monitoring überwacht den Fortschritt der Nachhaltigkeitsmaßnahmen (Mannheim, 2019)
- Beteiligung wird durch digitale Partizipationsmaßnahmen gefördert (Heidelberg, 2019)
- Überprüfung städtischer Entscheidungen und Projekte auf ihre Nachhaltigkeitswirkung (Heidelberg, 2019)
- Prüfung kommunaler Entscheidungen darauf, ob sie zukünftige Gestaltungsspielräume erhalten, bzw. vergrößern (Münster, 2019)
- Einführung eines Nachhaltigkeitsdezernats (Münster, 2019)
- Wichtige Entscheidungen werden gemeinsam durch BürgerInnen, Politik und Verwaltung getroffen und kreativ begleitet (Münster, 2019)

Klima und Ressourcen:

- Erreichen der selbstgesteckten Umweltziele (Leipzig, 2012)
- „Energieeffizienz bei den öffentlichen Gebäuden wird großgeschrieben“ / Fokus auf effiziente Energienutzung in öffentlichen Gebäuden (Leipzig, 2012)
- Öffentliche Neubauprojekte müssen dem Passivhausstandard entsprechen (Leipzig, 2012)
- Stadtplanung beinhaltet Maßnahmen zum Klimaschutz (Augsburg, 2012)
- Biodiversität wird durch geschützte Flächen erhalten (Augsburg, 2012 & 2013)
- Nahgelegenes Naturschutzgebiet ermöglicht eine natürliche Trinkwasseraufbereitung für 400.000 Menschen (Augsburg, 2012 & 2013)
- Bauprojekte auf städtischen Grundstücken müssen der Niedrigenergiebauweise und stadteigene Bauvorhaben sogar der Passivhausbauweise entsprechen (Freiburg, 2012)
- Büroneubauten orientieren sich an hohen Standards (Freiburg, 2012)
- Weltweit erstes dem Passivhausstandard entsprechend überarbeitetes Hochhaus (Freiburg, 2012)
- Eigenes Recyclingkonzept (Freiburg, 2012)

- Erfolgreiche Schritte für den Erhalt der Biodiversität (Freiburg, 2012)
- „Klimaschutzvereinbarung mit den Stadtwerken“ (Mainz, 2013)
- ein Umweltinformationszentrum bietet BürgerInnen kostenlose Beratungs- und Förderangebote (Mainz, 2013)
- Verbesserung des Lärmschutzes und Schritte zur Luftreinhaltung (Mainz, 2013)
- Einsatz für Offenheit und Schutz natürlicher Rückzugsräume (Mainz, 2013)
- Einsatz für Biodiversität (Mainz, 2013)
- Benachteiligte Haushalte können Energieberatung in Anspruch nehmen (Dortmund, 2013)
- Finanzielle Aufwendungen für die Energieversorgung öffentlicher Gebäude, sowie der mit dieser verbundene CO₂-Ausstoß konnten gesenkt werden (Dortmund, 2013 & 2014)
- Klimaschutzfond unterstützt Projekte, welche ohne Finanzierungshilfe nicht verwirklichtbar wären (Karlsruhe, 2014 & 2015)
- BürgerInnen werden in ihren alltäglichen Beiträgen zum Klimaschutz durch eine Initiative unterstützt (Karlsruhe, 2014 & 2015)
- „Bemerkenswerte Erfolge beim ökologischen Umbau des Gewässersystems“ (Dortmund, 2014)
- Eigene Anlagen zur Überwachung der Luftqualität mit der Absicht, bestehende Grenzwerte zu erfüllen und Verschmutzungen zu vermindern (Nürnberg, 2015)
- Städtische Neubauten müssen dem Passivhausstandard entsprechen (Nürnberg, 2015)
- Bestehende Gebäude sollen energetisch saniert werden (Nürnberg, 2015)
- Teilnahme an Forschungsprojekten im Rahmen des Klimaschutzplans (Nürnberg, 2015)
- Förderung von Projekten zum Erhalt der biologischen Vielfalt (Nürnberg, 2015)
- Alle städtischen Gebäude und Einrichtungen beziehen ihre Energie vollständig aus Ökostrom (Karlsruhe, 2015)
- Förderung von nachhaltigen Lebensstilen (Hannover, 2016)
- Programm zur Förderung der Natur innerhalb der Stadt (Hannover, 2016 & 2018)
- Projekt zur Förderung von Dach- und Fassadenbegrünung, um u.a. eine natürliche Klimaanlage und einen Wasserspeicher für die Stadt zu schaffen (Hannover, 2016)
- Errichtung eines Biomasseparks und Umsetzung des Projekts „Wildnis in der Stadt“ auf einer ehemaligen Industriebrache (Gelsenkirchen, 2016 & 2018)
- „Zechenwald-Dschungel“ auf einer 205 Quadratmeter großen Berghalde gibt Flora und Fauna Platz zur Entfaltung und schafft Raum für einen Skulpturenwald sowie Kunstateliers in ehemaligen Industriegebäuden (Gelsenkirchen, 2016 & 2018)
- Einführung eines Systems zur Vierfachtrennung von Abfällen verbessert die Rohstoffwiederverwertung und steigert die Anzahl eingesammelter Wertstoffe (Nürnberg, 2016)
- Senkung der CO₂-Emissionen um 25% (Aachen, 2018)
- „Fokus auf die sozialverträgliche Gebäudesanierung mit ökonomischer Energieeffizienz, sowie das energetische und barrierefreie Bauen“, u.a. mit spezialisierter Beratungsstelle (Aachen, 2018)
- Bei städtischen Neubauten wird Wert auf energiebewusstes Bauen und Betrieb, ähnlich des Passivhausstandards, gelegt (Aachen, 2018)
- 50% des Stadtgebiets besteht aus Grün- und Freiflächen (Hannover, 2018)
- Programm sensibilisiert MitarbeiterInnen von Verwaltung und Eigenbetrieben zum Thema Energiesparen (Mannheim, 2019)

- Begrünung von Dachflächen wird durch ein eigenes Programm gefördert und somit die Luftqualität gesichert (Mannheim, 2019)
- Biozertifizierte Stadtgärtnerei (Heidelberg, 2019)
- Verzicht auf klimaschädliche Finanzanlagen (Münster, 2019)

Mobilität und Infrastruktur:

- Wettbewerb zur Zukunft der städtischen Mobilität sammelt Ideen der BürgerInnen (Leipzig, 2012)
- Im Rahmen der autoarmen Stadt und der „Stadt der kurzen Wege“ konnte u.a. der Anteil der Fahrräder am Gesamtverkehrsaufkommen von 6 auf 19% erhöht werden (Leipzig, 2012)
- Umsetzung eines nachhaltigen Mobilitätsprojekts, welches eine innerstädtische Umweltzone, einen verbesserten „ÖPNV-Split“, erdgasbetriebene Busse und eine kommunale Förderung des Radverkehrsanteils beinhaltet (Augsburg, 2012 & 2013)
- Etablierung moderner Verkehrs- und Strukturkonzepte (Freiburg, 2012)
- „Rad-VorrangRouten“ stärken den Fahrrad- und Fußverkehr (Freiburg, 2012)
- Umwelt- und sozialgerechte Mobilität sowie die „Stadt der kurzen Wege“ werden durch ÖPNV-Förderung, Parkraumbewirtschaftung, als auch durch ein Märkte- und Zentrenkonzept gefördert (Freiburg, 2012)
- Kommunales Fahrradmietangebot wurde erweitert (Mainz, 2013)
- Lokaler ÖPNV wurde ausgebaut (Mainz, 2013)
- Im Rahmen des integrierten Verkehrskonzeptes werden Straßenbahnsystem und die Innenstadt umgestaltet sowie neue Fußgängerzonen bestimmt, bzw. ausgebaut (Karlsruhe, 2014 & 2015)
- Erfolgreiches Programm zur Steigerung des Radverkehrsanteils (Karlsruhe, 2014)
- Maßnahmen zur Förderung des Fahrradverkehrs werden permanent verbessert (Recklinghausen, 2015)
- Errichtung zusätzlicher Abstellmöglichkeiten für Fahrräder (Recklinghausen, 2015)
- „einheitliches Leit- und Informationssystem für den Radverkehr“ (Recklinghausen, 2015)
- Öffentlichkeitsarbeit fördert den Fuß- und Radverkehr (Recklinghausen, 2015)
- Einrichtung von neuen Radwegen und Schutzstreifen (Recklinghausen, 2015)
- Entwicklung einer Elektromobilitätsstrategie im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes (Nürnberg, 2015)
- Zweijährige Durchführung eines autofreien Sonntags unter Beteiligung von mehr als 200 Organisationen sowie gleichzeitige Informationskampagne über Umweltthemen, Energie, Mobilität und nachhaltigeres Leben (Hannover, 2016 & 2018)
- Kooperation mit der lokalen Universität zwecks Ausbau der Elektromobilität und nachhaltiger Stadtplanung (Aachen, 2018)
- Entwicklung von e.Go., Streetscooter und VeloCity machen die Stadt zum Vorbild (Aachen, 2018)
- Kommunale Verkehrsbetriebe setzen 15 elektronisch betriebene Busse ein (Aachen, 2018)
- Kampagne soll BürgerInnen zur Verwendung des Fahrrads motivieren (Aachen, 2018)
- Fahrradwege wurden erweitert (Hannover, 2018)

- Anteil der Fahrräder am Gesamtverkehrsaufkommen soll bis 2025 auf 25% erhöht werden (Hannover, 2018)
- Programm zur Förderung des Fahrradverkehrs (Mannheim, 2019)
- Aktion soll zum autofreien Leben ermutigen (Mannheim, 2019)
- Fahrräder haben den größten Anteil am Gesamtverkehrsaufkommen (Münster, 2019)
- Bestärkung des Radverkehrs durch gut ausgebaute Fahrradwege, Abstellmöglichkeiten und Serviceangebote (Münster, 2019)
- ÖPNV wird entsprechend des Bedarfs ausgeweitet (Münster, 2019)
- Förderung von „stadtreionalen Velorouten zur besseren Anbindung des Umlands“ (Münster, 2019)

Wirtschaft und Arbeit:

- Fairtrade-Stadt (Leipzig, 2012)
- Mehrfach vergrößertes Umweltkompetenzzentrum fokussiert sich auf nachhaltige Technologien und schafft Initiativen sowie Arbeitsplätze (Augsburg, 2012 & 2013)
- Förderung eines nachhaltigen Tagestourismus soll u.a. den Veranstaltungsstandort Mainz sichern (Mainz, 2013)
- Teilnahme am „Netzwerk Faire Metropole Ruhr“ (Dortmund, 2013)
- Kooperationen zwecks Effizienztechnologien werden von städtischer Seite bestärkt (Dortmund, 2013 & 2014)
- Fortschritte im Bereich „Elektromobilität“ werden durch eine Vernetzung und gemeinsames Projektmanagement forciert (Dortmund, 2013 & 2014)
- Unternehmen mit Fokus auf Nachhaltigkeit werden durch eine gesonderte Vereinbarung in ihren Tätigkeiten bestärkt (Augsburg, 2013)
- Etablierung eines „Innovationsparks“, welcher einen Schwerpunkt auf Effizienztechnologien im Umgang mit Ressourcen setzt (Augsburg, 2013)
- Förderung von Produktion und Konsum von Bio-Lebensmitteln (Nürnberg, 2014, 2015 & 2016)
- Vernetzung von wirtschaftlichen Akteuren im Rahmen der „Bio-Innung“ (Nürnberg, 2014)
- Initiative für gerechtere Landwirtschaft bringt ProduzentInnen und KonsumentInnen näher zusammen (Nürnberg, 2014)
- Koordination des Netzwerks der deutschen „Bio-Städte“ und Vizepräsidentschaft in einem ähnlichen Netzwerk auf europäischer Ebene (Nürnberg, 2014)
- Organisation von Veranstaltungen mit Bezug zur städtischen Bio-Identität sowie „thematische Reisen in internationale Partnerstädte“ (Nürnberg, 2014)
- Im Rahmen der „Bio-Metropole“ werden Wochenmärkte und der „Christkindlemarkt“ vom Wirtschaftsreferendariat organisiert (Nürnberg, 2015)
- Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung im Bereich des nachhaltigen Tourismus und der Gründerberatung (Nürnberg, 2015)
- Mehrere Digitalisierungsprojekte beziehen BürgerInnen ein (Gelsenkirchen, 2016)

- Plattform zur Förderung von technologischen Innovationen mit Hinblick auf Energie- und Ressourceneffizienz und den Einsatz von Umwelttechnologien in der Wirtschaft (Nürnberg, 2016)
- Hält als Fairtrade-Stadt die lokale (Gast-)Wirtschaft zum fairen Handeln an (Aachen, 2018)
- „Klimaschutz-Allianz“ soll lokale Unternehmen für den Klima- und Umweltschutz sensibilisieren und ihr Engagement sichtbar machen (Mannheim, 2019)
- Ein deutsch-türkisches Wirtschaftszentrum unterstützt die Integration türkischer UnternehmerInnen (Mannheim, 2019)
- Förderung von Startup-Unternehmen durch Unterstützungsangebote für Entwicklung, Umsetzung und Finanzierung (Mannheim, 2019)
- „Netzwerk für Nachhaltiges Wirtschaften mit derzeit 130 Unternehmen“ (Heidelberg, 2019)
- „junge Gründer unterstützt die Stadt mit geringen Mietpreisen und kurzen Mietdauern“ (Heidelberg, 2019)

Bildung und Integration:

- Förderung von Netzwerken verbindet Integration und Stadtentwicklung (Leipzig, 2012)
- Städtische Bildungspolitik erreicht gleichermaßen MigrantInnen sowie Menschen mit geringerem Bildungsniveau und setzt auch einen Fokus auf Umweltbildung für Minderjährige (Leipzig, 2012)
- Landschaftspflegeverband und Umweltstation fördern die Umweltbildung (Augsburg, 2012 & 2013)
- Lokalen Bildungseinrichtungen steht eine Umweltpädagogin zur Verfügung (Mainz, 2013)
- Realisierung eines Umweltbildungszentrums mittels recycelten Baumaterialien in einem energieeffizienten Bau, welches Vernetzungs- und Bildungsfunktionen übernimmt (Mainz, 2013)
- Städtisches Zentrum für Migration und Integration wirkt aktiv im Bereich der Integration sowie spezifisch in der „interkulturellen Öffnung der Verwaltung“ und der „Professionalisierung von MigrantInnenorganisationen“ (Dortmund, 2013 & 2014)
- Förderung eines integrationsfreundlichen Klimas durch eine Koordinationsstelle, welche u.a. gegen Rechtsextremismus vorgeht (Dortmund, 2013 & 2014)
- Netzwerk zur Förderung von Umweltbildung und Naturschutz (Augsburg, 2013)
- Lokale Initiative sensibilisiert StadtbewohnerInnen für Biodiversität (Nürnberg, 2014)
- „Stabstelle ‚Bildung‘ unterstützt lebenslanges Lernen“ (Nürnberg, 2014 & 2015)
- Integrationskonferenz bietet auf regelmäßiger Basis eine Austauschmöglichkeit für lokale Akteure (Nürnberg, 2014 & 2015)
- Einrichtung eines Studiengangs zu Armut und Migration an der städtischen Fachhochschule (Dortmund, 2014)
- Miteinander verwobene Initiativen bringen Kindern und Jugendlichen das Thema Umweltschutz näher (Recklinghausen, 2015)

- Übergang vom Kindergarten in die Grundschule wird Kindern durch innovative Herangehensweisen erleichtert (Recklinghausen, 2015)
- Kinder werden durch Vernetzung kommunaler Bildungsakteure unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund in ihrer geistigen Entwicklung gefördert (Recklinghausen, 2015)
- Kooperationen von Wirtschaft und Schulen werden durch „Bildungspartnerschaften“ bestärkt (Recklinghausen, 2015)
- Mehrfache Durchführung einer Schulmesse mit dem inhaltlichen Schwerpunkt auf Fairtrade (Nürnberg, 2015)
- Förderung des „Agenda-Kino“ als Initiative des Agenda-21-Prozesses (Nürnberg, 2015)
- Förderung von konsumkritischen Stadtführungen (Nürnberg, 2015)
- Förderung von Bildung für nachhaltige Entwicklung (Hannover, 2016)
- Eine Vielzahl von Projekten zur Entwicklung des Sozialzusammenhaltes (Hannover, 2016)
- Bildung für nachhaltige Entwicklung ist in allen Bildungsbereichen der Stadt verankert (Gelsenkirchen, 2016 & 2018)
- Kinder werden in einem speziell auf sie zugeschnittenen Museum für Umweltthemen sensibilisiert (Nürnberg, 2016)
- Eine Vielzahl von Projekten zu Antidiskriminierung und Menschenrechten (Nürnberg, 2016)
- „Rat für Integration und Zuwanderung“ (Nürnberg, 2016)
- Verleihung eines internationalen Menschenrechtspreises im zweijährigen Rhythmus (Nürnberg, 2016)
- Integrationszentrum erleichtert die Integration von Geflüchteten (Aachen, 2018)
- Projekte für Kinder aus sozialschwachen Familien sollen deren Chancen verbessern (Hannover, 2018)
- „Jugend lebt Stadt“ berücksichtigt Bedürfnisse von Jugendlichen (Hannover, 2018)
- Wettbewerb zur Förderung von BNE an Kindergärten und Schulen (Mannheim, 2019)
- Projekte vermitteln Jugendlichen nachhaltige Bildung, z.B. zu den Themen Abfalltrennung, Konsum und Ressourcenverbrauch (Heidelberg, 2019)
- Kombination von Ausländerbehörde und Interkulturellem Zentrum in einem gemeinsamen Zentrum (Heidelberg, 2019)
- Mehrsprachiger Gesundheitswegweiser sorgt für barrierefreie Teilhabe (Heidelberg, 2019)
- Bildungs- und Förderprogramm für Menschen aller Altersklassen beinhaltet viele BNE-Angebote und Integrationsmaßnahmen (Münster, 2019)
- Kindern aus sozialschwachen Familien sollen Teilnahme an Sport-, Musik- und Kulturangeboten ermöglicht werden (Münster, 2019)

Lebensqualität und Stadtstruktur:

- Bevölkerungszahl in innerstädtischen Quartieren konnte im Vergleich zum Ende der 1990er Jahren um 50.000 gesteigert werden (Leipzig, 2012)
- „Nachhaltiger Umgang mit (Brach-) Flächen und leerstehenden Häuser durch Zwischennutzungen beispielsweise als Grünflächen oder durch Nutzer aus der Kreativwirtschaft“ (Leipzig, 2012)

- Bereits vergebenes Baurecht an den Außengrenzen des Stadtgebiets wurde zurückgezogen, um die Innentwicklung der Stadt zu begünstigen (Leipzig, 2012)
- Lebensqualität wird durch Naturschutzflächen erhalten (Augsburg, 2012)
- Aufwertung der Innenstadt im Rahmen eines neuen Mobilitätskonzeptes (Augsburg, 2013)
- Ein Wohnbauförderprogramm tritt der Wohnungsknappheit entgegen (Karlsruhe, 2014)
- Förderung von Konzepten für Mehrgenerationenwohnen (Karlsruhe, 2014)
- In einem neuen Quartier werden in Zusammenarbeit mit dem lokalen Institut für Technologie nachhaltige Transformationsstrategien getestet, sowie „die Energieeffizienz und die Innovationsfähigkeit der Unternehmen durch den Einsatz neuester Technologien“ gesteigert und die Lebensqualität durch Projekte für eine intelligente Stadt erhöht (Karlsruhe, 2014 & 2015)
- Förderung von Bürgerzentren (Karlsruhe, 2015)
- „alter(n)sgerechte Quartierentwicklung“ und Förderung des Ausbaus von preiswertem Wohnraum durch Bestandsentwicklung und Neubauten (Hannover, 2016 & 2018)
- Zukunftswerkstätten ermöglichen BürgerInnen Ideen zur Stadtentwicklung einzubringen (Nürnberg, 2016)
- „Kriterienkatalog für die städtebauliche Planung sowie die Familienpolitik“ sorgt für eine familienfreundliche Stadtentwicklung (Aachen, 2018)
- Wiederbelebung ehemaliger Gewerbeflächen, Pflege von Grünflächen, gesundheitliche Förderung und vielfältige Freizeitaktivitäten fördern die Lebensqualität (Aachen, 2018)
- Umwandlung eines ehemaligen sozialen Brennpunkts in einen Stadtteil als „Kreativ- und Musikhotspot“ durch einen partizipativen Prozess (Mannheim, 2019)
- Entwicklung eines „Null-Emissionsstadtteil“ auf dem Gelände eines ehemaligen Güterbahnhofs, welcher ausschließlich mit erneuerbarer Strom- und Wärmeenergie versorgt wird (Heidelberg, 2019)
- Errichtung eines Modellorts „für den Einsatz digitaler Technologien, innovativer Mobilitätskonzepte und klimaneutraler Versorgung“ auf einem 97 Hektar großen, ehemaligen Militärstützpunkt (Heidelberg, 2019)
- Konzept begrenzt Baulandvergabe auf Investoren, welche sich verpflichten einen Sozialwohnungsanteil von 30 Prozent einzuhalten – für den Zuschlag ist die geringste Kaltmiete entscheidend (Münster, 2019)

Preise und Auszeichnungen:

- Mehrere Auszeichnungen für Projekte im Bereich der nachhaltigen Energiepolitik (Leipzig, 2012)
- Auszeichnung der lokalen Umwelt- und Energieberatung für Privathaushalte (Augsburg, 2012)
- Wiederholte Auszeichnung des bürgerlichen Engagements (Augsburg, 2012)
- Auszeichnung für die Initiative „Green City“, welche die Ziele der Stadtentwicklung und verschiedene Bereiche des städtischen Lebens verbindet (Freiburg, 2012)
- Doppelte Auszeichnung beim Fahrradklimatest (Karlsruhe, 2014)

- Auszeichnung als „Stadt der UN-Weltdekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)“ (Gelsenkirchen, 2016 & 2018)
- Wiederholte Auszeichnung mit dem European Energy Award Gold (Aachen, 2018)
- Auszeichnungen für familienfreundliche Stadtentwicklung (Aachen, 2018)
- Auszeichnung als „Bundeshauptstadt der Biodiversität“ (Hannover, 2018)
- Auszeichnung mit dem Global Green City Award (Mannheim, 2019)
- Auszeichnung als Waldhauptstadt (Heidelberg, 2019)
- Mehrfache UNESCO-Auszeichnung für nachhaltige Bildung (Heidelberg, 2019)
- Mehrfache Auszeichnung mit dem European Energy Award Gold (Münster, 2019)

(Master-)Pläne, Konzepte, Leitbilder oder Ziele:

- Entwicklungskonzept mit Fokus auf die städtische Innenentwicklung (Leipzig, 2012)
- Nachhaltigkeitsleitbild wird mit Unterstützung aus der Bevölkerung entwickelt und umgesetzt (Augsburg, 2012 & 2013)
- Absicht, Schuldenabbau mit Rücksichtnahme auf nachhaltige Stadtentwicklungs- und Umweltpolitik zu bewerkstelligen (Freiburg, 2012)
- Nachhaltigkeitsleitbild (Mainz, 2013)
- Kommunaler Agendaprozess inkludiert unterschiedliche Akteure und Projekte (Mainz, 2013) – „ambitioniertes Energiekonzept“ (Mainz, 2013)
- Klimaschutzprogramm inklusive vieler Maßnahmen wurde unter Bürgerbeteiligung entwickelt (Dortmund, 2013 & 2014)
- Masterplan zur Energiewende bringt ökonomische, ökologische und soziale Ziele in Einklang (Dortmund, 2013 & 2014)
- Biodiversitätsstrategie berücksichtigt Interessen der biologischen Vielfalt in der Stadtplanung (Augsburg, 2013)
- „integrierte Stadtentwicklungskonzepte“ gewährleisten eine nachhaltige Transformation (Nürnberg, 2014)
- „Klimafahrplan“ soll langfristige Schutz- und Anpassungsmaßnahmen abstimmen (Nürnberg, 2014 & 2015)
- Ein ressortübergreifendes Stadtentwicklungskonzept verbindet verschiedene Strategien zur Nachhaltigkeit und schreibt Bürgerbeteiligung fest (Karlsruhe, 2014 & 2015)
- Bewertung der nachhaltigen Stadtentwicklung erfolgt mittels aktualisierter Indikatoren (Karlsruhe, 2014 & 2015)
- Klimaschutzkonzept beinhaltet 80 Maßnahmen (Karlsruhe, 2014)
- Integrierte Stadtentwicklungskonzepte greifen in neun Themenbereichen und ergeben so ein „umfangreiches Nachhaltigkeitsmanagement“ (Dortmund, 2014)
- „Klimaschutzfahrplan“ vertieft ein integriertes Klimaschutzkonzept und gibt vor, die Stadtverwaltung klimaneutral zu gestalten sowie den CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2025 um 30% zu reduzieren (Recklinghausen, 2015)
- Maßnahmen werden in einem dreigliedrigen Konzept (Klimaschutzkonzept, Machbarkeitsstudie zur Klimaneutralität bis 2050 und Klimaanpassungsstrategie) erarbeitet (Karlsruhe, 2015)

- Integriertes Stadtentwicklungskonzept wurde in etwa 200 Veranstaltungen unter Einbezug der BürgerInnen entwickelt (Hannover, 2016 & 2018)
- Partizipative Entwicklung eines Masterplans zum Klimaschutz mit dem übergeordneten Ziel der Klimaneutralität bis 2050, welcher weiterhin vorsieht die Treibhausgasemissionen um 95% und den Energieverbrauch um 50% zu reduzieren (Hannover, 2016 & 2018)
- Erklärung stellt das Thema Lernen ins Zentrum und fördert gleichzeitig enge Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung und Bevölkerung (Gelsenkirchen, 2016 & 2018)
- Aus der Agenda 2030 soll ein Nachhaltigkeitskonzept inklusive eines Berichts- sowie Monitoringssystem entwickelt werden (Gelsenkirchen, 2016 & 2018)
- Teilnahme an einem Klimapakt mit dem Ziel, die CO₂-Emissionen in der Region bis 2050 um 80% zu senken (Nürnberg, 2016)
- Städtisches Leitbild und Strategiekonzept für 2020 (Aachen, 2018)
- Masterplan für 2030 mit dem Ziel, bis 2020 die CO₂-Emissionen um 40% zu reduzieren sowie Senkung der Pro-Kopf-Emissionen bei steigender Einwohnerzahl (Aachen, 2018)
- Gemeinsame Ausarbeitung eines an die SDGs angelehnten Leitbildes durch Akteure aus Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft (Mannheim, 2019)
- Plan zum Artenschutz (Heidelberg, 2019)
- Nachhaltigkeitsstrategie bildet Grundlage für Konzepte und Projekte (Münster, 2019)
- Beteiligung am Masterplan für Klimaschutz des Bundesumweltministeriums (Münster, 2019)

Sonstige:

- Außergewöhnliches Engagement aus der Zivilgesellschaft, welches darüber hinaus von der Stadt unterstützt wird (Freiburg, 2012)
- Netzwerksaktivitäten in unterschiedlichen, nachhaltigen Bereichen, wie Biodiversität und Handel (Mainz, 2013)
- Im Rahmen des Agendaprozesses wird auf generationsübergreifende Projekte gesetzt (Mainz, 2013)
- Beteiligung der BürgerInnen und anderer Akteure bringt breiten Zuspruch für die nachhaltige Stadtpolitik (Dortmund, 2013 & 2014)
- Städtisches Klima, Biodiversität, Lebensqualität und der Wirtschaftsstandort Dortmund werden durch Nutzung ehemaliger Industrieareale unter dem Stichwort „Projekt PHOENIX“ gefördert (Dortmund, 2013 & 2014)
- Monatskarten des ÖPNV sowie öffentliche Freizeitangebote sind für sozialschwache StadtbewohnerInnen 50% billiger (Karlsruhe, 2014 & 2015)
- Intensive interkommunale Zusammenarbeit (Dortmund, 2014)
- Schulverwaltung koordiniert die Versorgung von städtischen Kindergärten und Schulen mit Bio-Lebensmitteln (Nürnberg, 2015)
- Ernährungsberatung in Kindertagesstätten und Schulen (Nürnberg, 2015)
- Zusammenarbeit mit NABU und BUND (Karlsruhe, 2015)
- Umsetzung der SDGs auf kommunaler Ebene (Hannover, 2016 & 2018)
- Digitalisierungsprojekte beziehen BürgerInnen ein (Gelsenkirchen, 2016)
- (Interkommunale) Vernetzungsaktivitäten (Gelsenkirchen, 2016 & 2018)

- Junge Familien erhalten Familienberatung (Gelsenkirchen, 2016)
- Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch durch Vernetzung mit umliegenden Landkreisen und kreisfreien Städten, u.a. in einem Forum für Klimaschutz und Entwicklung (Nürnberg, 2016)
- Förderung der Entwicklungsarbeit (Gelsenkirchen, 2018)
- Vielfältige Netzwerkaktivitäten, u.a. Kooperationen mit niederländischen und belgischen Kommunen im wirtschaftlichen Bereich (Aachen, 2018)
- Intensiver Austausch mit der Partnerstadt Kapstadt (Aachen, 2018)
- Initiative „Welthaus“ (Aachen, 2018)
- Nationale Netzwerkaktivitäten zum Thema Nachhaltigkeit (Hannover, 2018)
- Förderung von Unternehmensgründungen im Sinne der Nachhaltigkeit in Afrika (Mannheim, 2019)
- Lokaler Wald wurde mit FSC und PEFC zertifiziert (Heidelberg, 2019)
- Großes öffentliches, kostenfreies WLAN-Netzwerk (Heidelberg, 2019)

4. Fazit und Schlussbemerkungen

In diesem Katalog konnten 877 Maßnahmen, Projekte, Ziele und Strategien zu einer nachhaltigen Stadt- und Gesellschaftsentwicklung zusammengetragen werden. Diese resultieren aus den Nachhaltigkeitsleistungen von 74 Kommunen, welche im Zeitraum von 2012 bis 2019 (teilweise mehrfach) nominiert wurden. 179 und somit absolut die meisten der erhobenen Kriterien entfallen auf die Kategorie „Klima & Ressourcen“. 140 gehören der Rubrik „Bildung & Integration“ an und 85 Kriterien wurden dem Bereich „Mobilität & Infrastruktur zugeordnet“. Zusammen entfallen auf diese drei Rubriken somit 404 Kriterien. Das entspricht etwas weniger als der Hälfte der erhobenen Kriterien. Bei der Erstellung dieses Kataloges ist der Eindruck entstanden, dass vor allem in diesen drei Kategorien, Maßnahmen mit großem nachhaltigem Potential im Sinne einer umwelt- und klimafreundlichen, kommunalen Anpassung zu finden sind. Nur 79 Kriterien werden der Kategorie „Wirtschaft & Arbeit“ zugeordnet. Der wirtschaftliche Aspekt scheint daher nicht im Vordergrund des Preises zu stehen, was den Eindruck bestärkt, dass der Deutsche Nachhaltigkeitspreis nicht zwingend an den Interessen der Wirtschaft ausgerichtet ist.

Auffällig viele der final nominierten Kommunen scheinen im Süden oder im Westen Deutschlands, bzw. dazwischen zu liegen. Keine Stadt aus Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein oder Thüringen schaffte es unter die Top 3 Nominierten. Aus Brandenburg schaffte es lediglich eine Stadt soweit und Sachsen-Anhalt gelang nur durch die doppelte Nominierung von Wernigerode in diesen Katalog. Weiterführende Forschungsarbeiten könnten also auch bei der Frage nach den Gründen für die Verteilung der nominierten Kommunen innerhalb Deutschlands ansetzen, gerade mit Hinblick auf ein Gefälle zwischen Ost und West. Eine weitere Besonderheit ist die Tatsache, dass mehrfach dieselben Kommunen unter den Top 3 Nominierten gelandet sind. Nur 22 der 74 Nominierungen sind einmalig. Bei 52 Nominierungen handelt es sich um mehrfach nominierte Kommunen. Das entspricht fast zwei Dritteln. Auch hier scheint weitere Forschung nötig. Es ergeben sich Fragen wie etwa die nach einem Mangel an konkurrenzfähigen Alternativen zu den nominierten Kommunen. Im Sinne einer möglichst breiten „Palette“ von nachhaltigen Maßnahmen, Projekten, Zielen und Strategien sollte man annehmen, dass möglichst viele verschiedene Kommunen auf die große Bühne des Preises geholt werden sollten.

Zusammengefasst lässt der Preis einige Fragen offen. Gerade in Bezug auf die nominierten Kommunen, deren Verteilung innerhalb der Bundesrepublik und deren mehrfacher Nominierungen. Auch bleiben, wie eingangs erwähnt, Fragen nach der Qualität mancher erhobener Kriterien zurück. Insgesamt ist bei der Erstellung dieses Kataloges dennoch ein positiver Eindruck über die inhaltlichen Qualitäten des Deutschen Nachhaltigkeitspreises für Städte und Gemeinden zurückgeblieben. Einige Maßnahmen scheinen großes Potential, gerade auch mit Hinblick auf eine umwelt- und klimafreundliche Kommunalpolitik zu haben.

Literaturverzeichnis

Deutscher Städte- und Gemeindebund e. V. (2012): Deutscher Nachhaltigkeitspreis für Städte und Gemeinden, online im Internet: <https://www.dstgb.de/dstgb/Homepage/Aktuelles/Archiv/Archiv%20Kommunalreport%2012/Deutscher%20Nachhaltigkeitspreis%20für%20Städte%20und%20Gemeinden/>, zugegriffen am 18.11.2018.

Deutscher Städte- und Gemeindebund e. V. (2018): Homepage, online im Internet: <https://www.dstgb.de/dstgb/Homepage/>, zugegriffen am 18.11.2018.

Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis e. V. (2018): Partner, online im Internet: <https://www.nachhaltigkeitspreis.de/partner/?L=0>, zugegriffen am 16.11.2018.

Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis e. V. (2018B): Preisverleihung, online im Internet: <https://www.nachhaltigkeitspreis.de/preisverleihung/>, zugegriffen am 16.11.2018.

Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis e. V. (2018C): Startseite, online im Internet: <https://www.nachhaltigkeitspreis.de/>, zugegriffen am 16.11.2018.

Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis e. V. (2018D): Städte und Gemeinden, online im Internet: <https://www.nachhaltigkeitspreis.de/wettbewerbe/staedte-und-gemeinden/>, zugegriffen am 16.11.2018.

Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis e. V. (2018E): Über uns, online im Internet: <https://www.nachhaltigkeitspreis.de/ueber-uns/>, zugegriffen am 16.12.2018.

Eidesstattliche Versicherung

Statutory Declaration in Lieu of an Oath

Mingers, Stefan
Name, Vorname/Last Name, First Name

368612
Matrikelnummer (freiwillige Angabe)
Matriculation No. (optional)

Ich versichere hiermit an Eides Statt, dass ich die vorliegende Arbeit/~~Bachelorarbeit/~~
~~Masterarbeit*~~ mit dem Titel

I hereby declare in lieu of an oath that I have completed the present paper/Bachelor thesis/Master thesis* entitled

„Kriterienkatalog zum Deutschen Nachhaltigkeitspreis
für Städte und Gemeinden“

selbstständig und ohne unzulässige fremde Hilfe (insbes. akademisches Ghostwriting) erbracht habe. Ich habe keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt. Für den Fall, dass die Arbeit zusätzlich auf einem Datenträger eingereicht wird, erkläre ich, dass die schriftliche und die elektronische Form vollständig übereinstimmen. Die Arbeit hat in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner Prüfungsbehörde vorgelegen.

Independently and without illegitimate assistance from third parties (such as academic ghostwriters). I have used no other than the specified sources and aids. In case that the thesis is additionally submitted in an electronic format, I declare that the written and electronic versions are fully identical. The thesis has not been submitted to any examination body in this, or similar, form.

Kettenis, den 11.01.2019
Ort, Datum/City, Date

Glf-Mingers
Unterschrift/Signature

*Nichtzutreffendes bitte streichen

*Please delete as appropriate

Belehrung:

Official Notification:

§ 156 StGB: Falsche Versicherung an Eides Statt

Wer vor einer zur Abnahme einer Versicherung an Eides Statt zuständigen Behörde eine solche Versicherung falsch abgibt oder unter Berufung auf eine solche Versicherung falsch aussagt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

Para. 156 StGB (German Criminal Code): False Statutory Declarations

Whoever before a public authority competent to administer statutory declarations falsely makes such a declaration or falsely testifies while referring to such a declaration shall be liable to imprisonment not exceeding three years or a fine.

§ 161 StGB: Fahrlässiger Falscheid; fahrlässige falsche Versicherung an Eides Statt

(1) Wenn eine der in den §§ 154 bis 156 bezeichneten Handlungen aus Fahrlässigkeit begangen worden ist, so tritt Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe ein.

(2) Strafflosigkeit tritt ein, wenn der Täter die falsche Angabe rechtzeitig berichtigt. Die Vorschriften des § 158 Abs. 2 und 3 gelten entsprechend.

Para. 161 StGB (German Criminal Code): False Statutory Declarations Due to Negligence

(1) If a person commits one of the offences listed in sections 154 through 156 negligently the penalty shall be imprisonment not exceeding one year or a fine.

(2) The offender shall be exempt from liability if he or she corrects their false testimony in time. The provisions of section 158 (2) and (3) shall apply accordingly.

Die vorstehende Belehrung habe ich zur Kenntnis genommen:

I have read and understood the above official notification:

Kettenis, den 11.01.2019
Ort, Datum/City, Date

Glf-Mingers
Unterschrift/Signature